



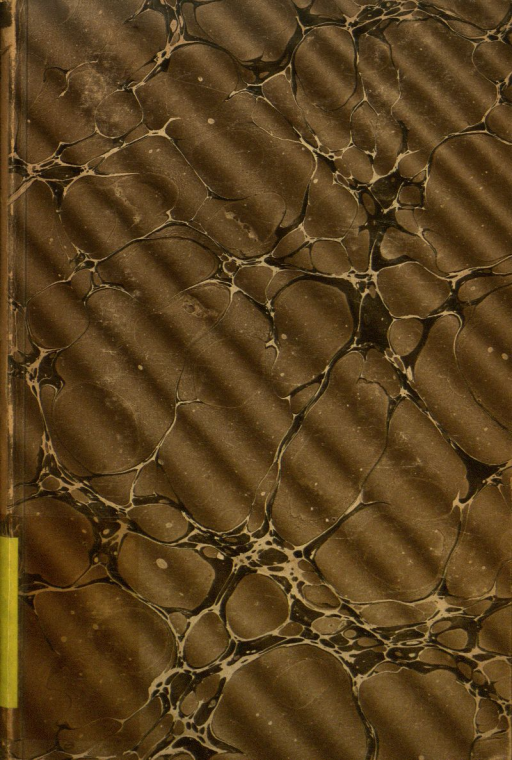
KODAK GRAY SCALE



KODAK COLOR CONTROL PATCHES



These colors have been selected as representative of those inks commonly used in photomechanical reproduction.



UB Braunschweig

84



2301-406-0

Bibliothek
der Verlagsbuchhandlung
FRIEDR. VIEWEG & SOHN
Braunschweig

Beitrag
zu der
Geschichte der Fendalstände

im
Herzogthum Braunschweig
und
ihres Verhältnisses
zu
dem Fürsten und dem Volke,

veranlaßt

durch die

Schrift des Herrn v. Grone:

»Geschichte der corporativen Verfassung des Braunschweigischen Ritter-
standes nebst Vorschlägen zu ihrer Reorganisation.«

Vom

Dr. W. J. L. Gode,

Stadt- Director in Braunschweig.

*Sumus ad iustitiam nati, neque opinione,
sed natura est constitutum ius.*

Cic. de legg. I. 10.

Braunschweig,

Druck und Verlag von Friedrich Vieweg und Sohn.

1843.

Im Verlage von Friedrich Vieweg und Sohn in Braunschweig
ist erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben:

Die Aufgabe des Advocatenstandes
in
constitutionellen Staaten.

Von
K. Steinacker.

gr. 8°. fein Belinpap. geh. Preis: 20 Ggr.

Ueber das
Verhältniß
Preußens zu Deutschland,
mit Rücksicht
auf die

Schrift des Herrn von Bülow-Gummerow:
Preußen, seine Verfassung u. s. w.,

von
K. Steinacker.

gr. 8°. Fein Belinpap. geh. Preis: 1 Thlr. 12 Ggr.

Betrachtungen
über die
französische Revolution.

Nach dem Englischen des Herrn Burke
neu bearbeitet
mit einer

Einleitung, Anmerkungen und politischen Abhandlungen
von

Friedrich von Gentz.

Dritte Auflage.

2 Thle. gr. 8°. geh. Preis: 2 Thlr. 16 Ggr.

Beitrag

zu der

Geschichte der Feudalstände

im

Herzogthum Braunschweig

und

ihres Verhältnisses

zu

dem Fürsten und dem Volke,

veranlaßt

durch die

Schrift des Herrn v. Grone:

»Geschichte der corporativen Verfassung des Braunschweigischen Ritterstandes nebst Vorschlägen zu ihrer Reorganisation.«

Von

Dr. W. J. L. Bode,

Stadt-Director in Braunschweig.

Sumus ad iustitiam nati, neque opinione,
sed natura est constitutum ius.

Cic. de legg. I. 10.

Braunschweig,

Druck und Verlag von Friedrich Vieweg und Sohn.

1843.

Geschichte der Schweiz

Verlag des Schweizerischen Vereins für Geschichte und Statistik

in Zürich

dem Fürsten und dem Volke

von
Johann Kaspar Frensch-Bey
Verlag des Schweizerischen Vereins für Geschichte und Statistik
in Zürich



V o r w o r t.

Der Inhalt der nachfolgenden Blätter ist aus meiner umfassenderen, auf die Geschichte der herzoglich Braunschweigischen Lande, und besonders die Entwicklung der Staatsverfassung in allen einzelnen Zweigen sich beziehenden Handschrift entlehnt. Ich würde mich nicht entschlossen haben, jetzt schon Einzelnes daraus mitzutheilen, wenn ich dies nicht, zur Erläuterung und Berichtigung der so eben erschienenen Schrift des Herrn v. Grone: „Geschichte der corporativen Verfassung des Braunschweigischen Ritterstandes nebst Vorschlägen zu ihrer Reorganisation, Hannover 1842“ für rathsam und nützlich halten mußte.

Wenn auch ein der Verhältnisse Kundiger über den Zweck und das Geschichtswidrige der in jener Schrift geäußerten Ansichten sich nicht täuschen kann, so liegt doch auch Vielen der berührte Theil der Landesgeschichte zu fern, als daß sie ein bündiges Urtheil auf Thatfachen begründen könnten; daß aber zu einer solchen Beurtheilung Raum gegeben werde, ist gewiß um so mehr wünschenswerth, als Bestrebungen, wie wir sie aus der obigen Schrift kennen lernen, jetzt allgemeiner und auch mit verführerischeren Redensarten unterstützt vorkommen.

Dem, welcher seine geschichtlichen Studien auf mehr als einige unterhaltende Geschichten richtet, dem, welcher den Staat und die Staatsgenossenschaft in der Entwicklung ver-

folgt, die Landesfürsten in ihren Bestrebungen, das Bessere und Zeitgemäße zu fördern, gewissenhaft beachtet, können die Klippen nicht verborgen bleiben, an welchen die sorgsamsten Bemühungen gelähmt wurden und die besten Pläne scheiterten. Es waren die, in Zeiten des vorherrschenden grundherrlichen Systems entstandenen eigennützigen, sich für den Staat haltenden und auf Kosten des Staats bereicherten Corporationen, die tief in das Staatsruder eingriffen und Vorschritte zum Bessern hemmten.

Dem gründlichern Beobachter des Hergangs kann nicht verborgen bleiben, wie jene schädlichen Einigungen, so wie sie erst einige unbedeutend erscheinende, oder doch als unbedeutend dargestellte Vorrechte erlangt hatten, darauf fortbaueten, immer tiefer eingriffen, das Gewonnene zu neuen Eroberungen zu benutzen wußten und endlich, als in sich abgeschlossene Staaten im Staate, zu eigenem Vortheile und auf Kosten ihrer Mitunterthanen gebieterisch herrschten.

Vor Anderen verfolgte diesen Weg die Ritterschaft, und auch der schwächste Versuch, zu dem frühern Corporationswesen und dem dadurch veranlaßten Nothstand zurückzuführen, darf nicht unbeachtet und ungerügt bleiben.

Referent ist bemüht gewesen, Thatsachen, auf die es hier allein ankommen kann, vorzulegen; sie waren bereits zusammengetragen, als die oben erwähnte Schrift erschien; mögen daher Andere die speciellere Beantwortung der letztern übernehmen und dabei das hier Mitgetheilte benutzen, welches, wenn es erforderlich wäre, noch sehr vermehrt werden könnte.

Braunschweig, im December 1842.

Der Verfasser.

Bei dem Wechsel, welchem alles Zeitliche unterworfen ist, und bei den Veränderungen, die eine natürliche Folge von unabwendbaren Ereignissen sind, führt uns die Geschichte fortwährend auf Wehklagen Einzelner über verloren gegangenes Wohlsein und auf wehmüthige Erinnerungen an vergangene glücklichere Zeiten. Die neueste Zeit, voll der denkwürdigsten Begebenheiten und Entdeckungen, hat die Zahl der Wehmüthigen und Klagenden vermehrt; ob und in wie weit sie aber Ursache haben, sich zu beruhigen, mag in einem allgemeinen Blicke auf die belobte Vergangenheit erörtert werden.

Als Anhaltspunkt ist dabei fortwährend das Wesen des Staats fest zu halten, so wie der ewig unveränderliche Zweck des Staatsverbandes: rechtlich geordnete Sicherstellung desselben gegen äußere Angriffe, Ruhe und Sicherheit im Innern durch Rechtspflege, Förderung der Geistesausbildung durch Kirche und Schule, Abwendung schädlicher Einwirkung der Naturkräfte durch Polizei; in Ansehung der Mittel aber: gleichmäßige Vertheilung der durch alles dieses erforderlich werdenden Lasten. — Die Verfassung eines Staats, wie sie in den verschiedenen Zeiträumen sich darstellt, darf unbedingt mehr oder weniger unvollkommen genannt werden, je nachdem sie der Erreichung jenes Zweckes mehr oder weniger hinderlich ist.

1.

Als in unserem alten Sachsen die fränkische Herrschaft zuerst begründet wurde, stand ein Fürst an der Spitze, der das Wesen des Staats durchschaute. Die Sicherheit nach

Außen stützte sich auf allgemeine Pflicht zum Kriegsdienste, die Rechtspflege war Sache des Staats und seiner Richter, wie die Förderung umfassender polizeilicher Maßregeln; die Mittel zur Förderung einer höheren geistigen und religiösen Ausbildung der Staatsgenossen aber standen in enger Beziehung zu dem Staate und seinem Oberhaupte *). Dabei blieb zahlreichen, aus der Vorzeit beibehaltenen, nach Verticlichkeiten gebildeten Genossenschaften die Ordnung ihrer innern Angelegenheiten, die Handhabung der innerhalb ihrer Marken begründeten und auf gemeinsames Eigenthum sich beziehenden Rechte und Befugnisse vorbehalten, in so weit sie nicht etwa mit den Staatszwecken unvereinbar waren.

*) Wie aber auch jetzt dem Andränge und den Anmaßungen der Mächthaber zur Unterdrückung der geringeren Freien entgegengewirkt werden mußte, ergeben mehrere Stellen der Capitularen:

Cap. 803, c. 17 (Pertz. III. p. 124). *Ut liberi homines nullum obsequium comitibus faciant, nec vicariis, neque in prato neque in messe, neque in aratura aut vinea, et coniectum ullum vel residuum eis resolvant; excepto servitio quod ad regem pertinet, et ad heribannitores, vel his, qui legationem ducunt.*

18. *Ut ubicunque inveniuntur vicarii aliquid mali consentientes vel facientes, ipsos ejicere et meliores ponere iubemus.*

Cap. 809, c. 11 (Pertz. III. 150). *Ut iudices, advocati, praepositi, centenarii, Scabinii, quales meliores inveniri possunt et Deum timentes, constituentur ad sua ministeria exercenda cum comite et populo; elegantur mansueti et boni.*

Cap. 811, c. 2. 3 (Pertz. III. 168). *Quod pauperes se reclamant expoliatos esse de eorum proprietate. Et hoc aequaliter clamant super episcopos et abbates et eorum advocatos, et super comites et eorum centenarios.*

5. *Dicunt etiam, quod, quicunque proprium suum episcopo, abbati, vel comiti, aut iudici vel centenario dare noluerit, occasiones quaerunt super illum pauperem, quomodo eum condemnare possint, et illum semper in hostem faciant ire, usque dum pauper factus, volens nolens suum proprium tradat, vendat; alii vero qui traditum habent, absque ullius inquietudine domi resideant.*

Solche Bestrebungen rügte schon der mächtigste und wachsamste deutsche Kaiser. Es ließ sich vorhersehen, was unter schwächeren geschehen würde.

Schwache Nachfolger Karls des Großen ließen sich in einzelnen Verhältnissen schon von der Bahn ablenken, die der große Fürst bezeichnet hatte. Bald wurden Kriegsdienste mit Land- und andern Gütern vorzugsweise erkaufte, und der Heerbann zur Seite geschoben. Die ihrer Natur nach unveräußerlichste Staatsbefugniß, über Genossen des Staats zu richten, wurde nach und nach auch Privaten verliehen *), und umfassendere polizeiliche Maßregeln wurden unausführbar, als die Gaue sich auflösten und die über weitere Bezirke sich erstreckende Amtsgewalt der Grafen vernichtet war. Die Könige selbst kamen in unwürdige Abhängigkeit von der Klerisei, und die Anstalten, welche zur Jugendbildung, zur Förderung der Sittlichkeit hervorgerufen waren, strebten nur nach der Vermehrung ihres Besigthums, traten, auf usurpirte höhere Macht gestützt, den Staatszwecken entgegen, und schadeneten durch ihr Beispiel mehr, als ihre ohnehin meistens unchristlichen und nur auf eigennützige Zwecke berechneten Lehren Gutes wirken konnten.

Dem Reichsgebäude wurde ein Stein nach dem andern entzogen. Als umsichtigerer Könige, wie Heinrich I., den Thron bestiegen und einlenken wollten, war es schon zu spät, und im 11. und 12. Jahrhundert stand das Reich schon in seiner Ohnmacht da, ohne daß selbst die kräftigen Hohenstaufen, die ohnehin auswärts zu sehr beschäftigt waren, Hülfe gewähren konnten.

2.

Alles hatte sich so nach und nach gemacht. Bei der Zertrümmerung bot eine dem Reiche entzogene, und auf einzelne Staatsgenossen übergegangene Befugniß der andern die Hand, und es wäre verhältnißmäßig noch ein Glück zu nennen gewesen, wenn wenigstens einzelne Reichsfürsten nun die ihnen als Staatsoberhäuptern zur Bildung einzelner Staa-

*) Man will die ersten Spuren von einer solchen Verleihung schon unter den Karolingern gefunden haben.

ten erforderliche Macht schnell hätten erlangen können, wenn die Schwäche des Reichsverbandes durch Einrichtung einzelner Staatsgebäude schnell zu ersetzen gewesen wäre; aber auch die großen Herzogthümer wurden zertrümmert, und es folgte, bis zum Schluß des 15. Jahrhunderts, ein Zeitraum von 300 Jahren, während dessen der Begriff vom Staate ganz verloren gegangen zu sein schien, in welchem die wesentlichsten Staatsbefugnisse Gegenstand des Handels wurden, man lehnweise oder für Geld der richterlichen Gewalt, auch über Freie, sich bemächtigen konnte, Hülfe in Fehden nur allein noch mit Gütern erkaufte, die Pflicht zur Landsfolge — zu eigentlichen Staatsdiensten — abgekauft werden konnte, Kirchen- und Schuldienste nur in Beziehung auf das Einkommen davon gesucht und verliehen und zu bloßen Pfründen herabgewürdigt wurden; in welchem man, ihrer Natur nach, eigentliche Staatsabgaben in den Handel brachte und mit grundherrlichen Einkünften verband; in welchem endlich eine große Zahl freier geringerer Grundbesitzer *), mit Hülfe der an Privaten verliehenen Gerichtsbarkeit und anderer vom Staate erhandelten Mittel den Hörigen gleichgestellt wurde, und man die größere und kräftigere Masse der Staatsgenossen, als Hinterlassen, aus der unmittelbaren Verbindung mit dem Staate zog.

Die Fürsten wurden so auf der einen Seite verhindert, ihre Territorien zu schließen, auf der andern Seite wurde

*) Wie unter Kaiser Heinrich IV. die Zahl freier Sachsen noch sehr bedeutend war, beweist eine Stelle bei Lambertus Schaffnab. p. 193, wonach es in Beziehung auf eine durch den Kaiser und seine Anmaßungen hervorgerufene Volksversammlung heißt:

Tum vulgus promiscuum super LX millia erat, qui ad asserendam libertatem patriae legesque tuendas promptissimo animo manus operamque suam promittebat.

Die Gesandten dieser Sachsen forderten von dem Kaiser in der Harzburg:

postremo iusiurandum nobis det, quod legitima genti nostrae a primis temporibus constituta, nunquam deinceps infringere molitur. Ibid. 194.

ihr Nothstand immer größer, und sie entfernten sich eben dadurch weiter vom Ziele, daß der Preis einer augenblicklichen Hilfsleistung in immer neuen Opfern an Gütern und, nach dem Begriffe vom Staat, ganz unveräußerlichen Rechten bestand, wodurch natürlich sie selbst immer schwächer, und diejenigen, deren Hülfe sie nicht entbehren konnten, immer unabhängiger und in ihrer Treue immer unzuverlässiger wurden. Es giebt keinen beklagenswerthern Zustand in Beziehung auf die Fürsten selbst und für den bei weitem größern Theil der Landesunterthanen, als den im 13. bis 15. Jahrhundert, und auch die Art der Unterhandlungen, in welche jene treten mußten, wenn wichtigere Angelegenheiten gefördert werden sollten, führte zu den drückendsten Ungleichheiten.

3.

Nie hat es in Deutschland einen Zeitpunkt gegeben, in welchem Willkürherrschaft vollständig Wurzel gefaßt hätte. Unsere Fürsten haben sie zum Theil selbst nicht gewollt; darüber lassen sich die Beweise aufstellen. Nachdem das Reich in einzelne Territorien zerfallen war, wurde, wenn eine allgemeinere Maßregel auszuführen bevorstand, mit denen unterhandelt, welche hinderlich oder förderlich sein konnten. Die betheiligten größern Grundbesitzer waren es als solche, welche nicht als Corporation, sondern je nachdem sie bei der Angelegenheit interessirt waren, zugezogen wurden, und dazu gehörten hier im Lande die Prälaten bis zur Zeit des Herzogs Julius. Es waren weder die Besitzer bestimmter Güter, noch die Prälaten gewisser Klöster; sondern bald diese, bald jene derselben, die den öffentlichen Verhandlungen beiwohnten; und waren die Städte gleichfalls betheiligt, so wurden auch ihre Vorstände eingeladen, oder es wurde mit diesen allein verhandelt, wenn Andere kein Interesse bei der Angelegenheit hatten.

Die größern Grundbesitzer, die einem bedeutenden Theile nach, ihre Güter für Kriegs- oder Hofdienste erhalten hatten, die deshalb, als Mannen und Ministerialen, zu Kriegs- und

häuslichen Diensten des Fürsten bereit sein mußten, waren am häufigsten unter den Umstehenden zu treffen, mit welchen, nach zahlreichen Urkunden, wichtigere Beschlüsse berathen und gefaßt wurden *). Nur grundherrliche, nicht aus

*) Zum Beispiele, wie man im 14ten Jahrhundert Gesetze gab und wie man dabei noch wenigstens anwesende Betheiligte zuzog, kann hier eine Urkunde v. J. 1311 XIV Kal. Mai. angeführt werden:

Albertus Dux in Br. *praemissa sententia generali praesentibus suis ministerialibus et fidelibus nullo contradicente dictata et inventa*, quod quilibet homo cuiuscunque conditionis et status existat, sua propria bona donando aut vendendo transferre potest libere in quemcunque voluit, et quod ad alienationem consensus propinquorum tantum, exclusis remotioribus, requiratur etc.

Es läßt sich überhaupt aus Urkunden, die herzoglichen Lande betreffend, der frühere Hergang und wie die Stimme bei öffentlichen Verhandlungen vom eigentlichen Volke auf einzelne Unterthanenklassen überging, endlich aber nur zum Vortheile dieser Einzelnen benutzt wurde, nachweisen.

1166 übertrug H. Heinrich der Löwe in öffentlicher Versammlung das Dorf Riddagshausen dem Kloster daselbst. Er that dies mit Genehmigung der Kleriker, der Freien und der Ministerialen, wie ausdrücklich bemerkt ist. (Die Urk. im H. Arch. zu Wolfenb.)

Hier werden die Freien noch genannt; denn erst nach des Herzogs Zeiten nahm die Unterdrückung der Freien, die sich in den Zeiten des Faustrechts des mächtigeren Nachbarn nicht erwehren konnten, sehr zu, und dieser versank in Hörigkeit und Hinterzässigkeit, während andere Genossen sich durch zufällige Umstände oder in Verbindung mit Mächtigeren von einer solchen Abhängigkeit frei erhielten.

1292 fordert H. Heinrich von Br. die Räthe, Ritter, Knappen und Städte auf, seinem Bruder keine Hülfe leisten zu wollen. (Rehtmeier Chronik p. 1292.)

1293 machen die Herzöge Otto und Albert von Br. mit den *«baronibus, ministerialibus et vasallis»* das Gesetz, daß derjenige, welcher im Besitze eines Guts sich befindet, von dem Kläger nicht gestört werden soll, bis dieser durch Urtheil und Recht vor dem ordentlichen Richter den Besitz gegen den Beklagten erstritten hat. (Vgl. Koch pragm. Gesch. S. 177.) — Die barones sind hier die freien Grundbesitzer; baro ist aus Bauer — Landbebauer — entstanden. Vgl. Hüllmann Gesch. der Stände.

einem geläuterten Begriffe vom Staat gezogene Grundsätze waren es, nach welchen man wechselseitige Rechte und Pflicht-

- 1322 macht H. Otto von Br. mit den Vasallen eine Verordnung wegen der Achtwort in den Holzungen wüster Dörfer. — Urf. des Klosters Marienthal im Arch. zu Wolfenb.
- 1328 (?) H. Ernst v. Br. Grubenh. erkennt mit seinen Vasallen für ein gemeines Recht, daß derjenige, welcher ein Gut oder einen Zehnten für gewisse Einkünfte an Korn oder Geld gedinget oder gekauft und in Besitz genommen hat, den durch Raub, Brand, Hagelschlag oder auf andere Weise entstehenden Schaden leiden und übernehmen müsse. (Urf. des Kl. Amelungsborn im H. Arch. z. B.)
- 1374 die Herzoge Friedrich, Bernhard, Heinrich und Otto setzen mit »Rath und Bollbort« der Herzogin Mutter, aller Mannen und Bürger der Herrschaft Braunschweig die Untheilbarkeit der Herrschaft und das Primogeniturrecht fest (im H. Arch. zu Wolfenb.).
- 1388 einigen sich die Herzoge Friedrich, Bernhard und Heinrich auf den Rath der Prälaten, Mannen und Städte über die Lande zu Braunschweig (H. Arch. zu B.)
- 1390 die Herzoge Bernhard und Heinrich stellen den Mannen, den Städten, den Aebten, Präpsten und anderen Pfaffen Reverse wegen der Bede aus, welche behuf der Befreiung H. Bernh. aus der Gefangenschaft bewilligt ist (Hoffmann Samml. ungedruckter Urkunden, Halle 1736, Vol. I, p. 206. 207).
- 1416 der Herzoge Bernhard und Heinrich Vertrag mit der Stadt Braunschweig wegen der von den Meiern der Stadt zu hebenden Bede, zu leistenden Dienste u.
- 1425 H. Bernhard Vertrag mit den Prälaten desselben Gegenstandes wegen
- 1433 Vertrag mit der Ritterschaft desselben Gegenstandes wegen.

So bestand lange Zeit hindurch keine bestimmte Regel, nach welcher die Verhandlungen betrieben wurden, es bestanden keine scharf getrennte Standesklassen, keine Abtheilungen nach Corporationen, bis besondere Vorrechte gewonnen waren, die gewahrt werden mußten, und bis die Einmischung in die Cassenverwaltung gestattet war. Da jeder Stand für sich Vorrechte, so wie sie ihm am nützlichsten und seinen Verhältnissen am angemessensten waren, erwarb, so mußten die drei dominirenden Stände theils zu Corporationen sich ausbilden, dann aber auch die Abtheilungen formiren, welche Curien genannt wurden. Diese einzelnen Corporationen hatten den dem Staate für jeden der drei Stände abgenommenen Nammon, die demselben entzogenen Rechte, für sich zu verwahren.

ten, selbst der Territorialherren und der Landsassen theilte. Mit solchen Grundsätzen war nach und nach die Pflicht zum Kriegsdienste, wie die Rechtspflege verwachsen, und nach den aus der Grundherrlichkeit geschöpften Principien war nicht nur die größte und zahlreichste Classe der Landesbewohner allmählig in Hintersässigkeit gezogen und durch Grundherren vom Staate getrennt; sondern der ganze Inbegriff einer geordneten Staatsgewalt war auf tausendfältige Weise zersplittert und in die Hände von Privaten gerathen. Nicht den geringern Theil hatten einzelne, seit dem 13. Jahrhundert zu hohem Flor gelangte Städte sich angeeignet und sich aneignen müssen, um in der allgemeinen Verwirrung während der den Handelsinteressen entgegentretenden grundherrlichen Einförmigkeit ihre Zwecke sicher zu stellen, auf deren Schutz von Oben her noch nicht gerechnet werden durfte. Sie bildeten innerhalb der Territorien in sich abgeschlossene Staaten, und dazu waren sie auf dem nämlichen Wege gelangt, welchen die Grundherren zur Erweiterung ihrer Gerechtsame benutzt hatten. Da die größeren Grundherren und die Städte den Territorialherrn gleichfalls nur als großen Grundherrn behandelten, so verwiesen sie, wenn ein Nothfall eintrat und Geldhülfe erforderlich war, zunächst auf die landesherrlichen Domainen; diese waren dann aber meistens schon verpfändet und tief verschuldet, und zwar in vielen Fällen doch auch zur Erhaltung des Territorialzusammenhanges. Trieben dann zugleich eigene Interessen an, solchen Zusammenhang zu retten, so wurde der Handel fortgesetzt, und unter Berücksichtigung eigener Vortheile, so gut als möglich, abgeschlossen. Was für den Staat erforderlich war, wies man zunächst auf Hintersassen an, dann übernahm man auch selbst etwas, wenn der Territorialherr zuvor anerkannt hatte, daß seine Anforderung nur als Bitte angesehen werden solle, und endlich, wenn die Noth am größten war, ließ man sich noch Gerechtsame aller Art versichern, ganz geeignet, die Errichtung eines geordneten Staatsgebäudes zu verhindern. Die Städte holten in ihren Huldubriefen nach, was etwa bei solchen Verhandlungen versäumt war.

4.

Bis zum Schlusse des 15ten Jahrhunderts dauerte dieser Zustand fort *); es waren aber inzwischen schon Verhältnisse eingetreten, die das Fundament, auf welches man das grundherrliche System erbaut hatte, untergruben, ohne daß es in irgend einer Weise gehindert werden konnte. Das Feueergewehr kam mit dem Anfange des 15ten Jahrhunderts allgemeiner in Gebrauch. Die Schweizer hatten gelehrt, mit welchem Vortheile man das Fußvolk benutzen könne, und zunächst folgten die Städte **) in der Benutzung allgemeiner Aufgebote und des Feueergewehrs, dann aber auch bald die Fürsten. Damit wurde die alte, unter den schwersten Opfern für Staat und Fürsten erkaufte Kriegshülfe unbrauchbar. Die alte Kriegerschaar, deren einträgliches Gewerbe der Dienst zu Pferde gewesen war, zog sich zurück. Wie im Mittelalter, bei mangelnder oberer Staatsgewalt, bei dem Mangel des Schlusstein, den der Fürst bilden sollte, Alle in Einigungen und Genossenschaften zur Förderung ihrer Zwecke Hülfe gesucht hatten, wie diese Verbände überall ihre Meister und Gesellen hatten und zur Erhaltung

*) Für den ganzen Zeitraum galt, was ein Zeitgenosse Herzogs Heinrich des Löwen — Arnold von Lübeck — in Beziehung auf den Zustand gleich nach dem Falle des mächtigen Fürsten anführt:

In diebus illis non erat Rex in Israel, sed unusquisque quod rectum in oculis suis videbatur, faciebat. Siquidem post exilium Ducis Henrici (leonis) qui solus in terra praevaluerat, et sicut ab initio diximus, pacem maximam fecerat, quia non solum finitimas, sed etiam barbaras et extraneas regiones ita freno sui moderaminis constrinxerat, ut omnes sine terrore quiescerent et terra propter quietis securitatem bonis omnibus exuberaret: tyrannico more unusquisque regnabat in loco suo, et alterutrum vim faciebant et vim patiebantur. — Arn. Lubecensis Chron. Slavorum ap. Leibn. II. p. 655.

**) Die Stadt Braunschweig, die seit 1372 schon Kanonen gießen ließ, stellte im J. 1433 Büchsenhäuser auf. Die Handbüchsen wurden damals von Meistern der Stadt verfertigt.

und Erweiterung ihrer Befugnisse eine Ordnung im Innern der Genossenschaft erstrebten und sich abzuschließen suchten, so hatte die Reiterei der damaligen Zeit, besonders die mit Lehen erkaufte Mannschaft, ihre Meister und Gesellen, ihre Ritter und Knechte. Das Institut hatte überall keinen unmittelbaren Zusammenhang mit der Verbindlichkeit und dem Rechte, bei Verhandlungen über Territorialangelegenheiten zuzutreten; nur deshalb fand man ursprünglich Ritter bei solchen Versammlungen, weil diese wegen der erlangten Lehen auch zu den größeren Grundherren gehörten. Dieselben Gründe, welche den Gebrauch der Lehnsmiliz ferner unthunlich machten, entzogen auch das Fundament dem Institute der Ritter, das ohnehin zu der Zeit, als es noch im Flor war, nicht in Einigungen und Corporationen bestand, die bestimmten Staaten *) angehörten. Man überzeugte sich bald, daß die unabwendlichen Veränderungen von den wichtigsten Folgen sein mußten, daß eine der beschwerlichsten Staatslasten — der Natural-Kriegsdienst — ferner andere Classen der Landesbewohner treffen würde, daß, da eine Ausgleichung mancher Lasten in Gelde sich mehr und mehr aufzudringen anfang, diese Geldanforderungen zu allgemeinen Zwecken des Territorii immer häufiger und dauernd werden würden. Diese Rücksichten und namentlich die auch immer häufiger werdenden Geldzuschüsse führten bald zu einer nähern Vereinigung der Grundbesitzer und Städte, deren Stimme bei den Verhandlungen von Gewicht war, und die befragt werden mußten, wenn eine Maßregel nicht thätigen Widerstand finden sollte. Sie wahrten allerdings alte

*) Schon dieser von unseren historischen Hochstoriern regelmäßig übersehene Umstand sollte darüber belehren, wie wenig richtig es ist, wenn zum Zwecke mittelalterlicher Restaurationⁿ behauptet wird, daß der Staat durchaus nur in einer corporativen Gliederung aller Staatsgenossen bestehe, und daß das Volk ein bloßer Collectivbegriff ohne reellen Inhalt sei.

Volksrechte, bildeten diese den Umständen nach weiter aus *); nahmen aber dabei solche Rechte für sich allein auf Ko-

*) Der im J. 1405 von den Herzogen Bernhard und Heinrich wegen einer bewilligten Bede ausgestellte Revers beweiset, daß in den braunschweigischen Landen die Prälaten und die Ritterschaft als nur größere Grundbesitzer bei der Bewilligung mit den Städten in Gemeinschaft handelten. Da sie an ihre Bewilligungen sofort Bedingungen zum eigenen Nutzen knüpften, so bildete sich nicht nur die Gesamtheit zu einer Corporation aus, sondern auch jede der Abtheilungen strebte für sich nach corporativen Rechten.

1419 erkannten die Herzoge Bernhard, Wilhelm und Otto als Grundsatz an, daß ohne Bewilligung der drei Stände keine Bede gehoben werden dürfe.

1419 am andern Sonntage in den Fasten ernennen die Herzoge Bernhard, Otto und Wilhelm 6 Personen, welche die von der Landschaft bewilligte Bede aufnehmen und bis zur Beilegung der mit der Landschaft obwaltenden Streitigkeiten bewahren, oder, im Falle keine Einigung erfolgen würde, Jedem das Seinige zurückgeben sollen (im Stadtarch. zu Br.).

1419, Dienst. nach St. Gregor.: Revers der Stadt Braunschw., wonach die 6 Personen, welche nach Braunschweig gesandt sind (4 Gutsbesitzer und 2 Br. Rathsherren), nicht behindert werden sollen, das Geld von der Bede zu empfangen und dem Bürger Hans Paul einzuhändigen (im Stadtarch.). Der Rath zu Br. hatte auf die Bede bereits Vorschuß geleistet.

1473 bestätigt H. Wilhelm der Ältere die Privilegien der Landschaft unter der Zusicherung, daß in dem Herkommen und den alten Gesetzmässen einseitig nichts geändert werden solle.

1505 giebt H. Heinrich der Ältere die Zusicherung, daß ohne Bewilligung der drei Stände keine Schlösser und Dörfer veräußert oder verpfändet werden sollen.

Zugleich wird die Uebereinkunft getroffen, daß die Schatzungen an einen zu Braunschweig anzustellenden Rentmeister eingeliefert, und daß 6 Personen aus der Landschaft zu der Beaufsichtigung der Cassen vom Herzoge ernannt werden sollen.

1553 wird in dem Vertrage mit der Stadt Braunschweig des Ausschusses gedacht, der die Landesschulden abführen soll, und

1554 eines Gegenschreibers, den der Herzog ernannte.

1567 wird, bei Gelegenheit, daß das Kataster zur Hebung der Reichsteuern revidirt werden soll, ein ständischer Ausschuss aus drei Präla-

sten des größern Theils der Landesunterthanen in Anspruch. Dahin kam es in diesen mittleren Jahrhunderten,

ten, drei Personen von der Ritterschaft und drei städtischen Mitgliedern bestehend, ernannt.

Solche Ausschüsse dauerten fort.

1571 wurde eine neue Polizeiordnung zwischen ihnen und herzogl. Räten in Verathung gezogen.

1572 wurde ein ständischer Ausschuss mit herzogl. Räten zur Beaufsichtigung der Verwendung der Schatzungen, zu deren Hebung ein Rentmeister und ein Gegenschreiber angestellt war, ernannt.

1595, als über die ungleichmäßigen Zuschüsse zu den Reichsteuern viele Beschwerden erhoben worden, ordnete man neben dem engern Ausschusse, der aus 9 Personen: drei Prälaten, drei von der Ritterschaft und drei von den Städten bestand, einen weitem Ausschuss. Dabei wurde festgesetzt, daß der größere Ausschuss mit einer von der Landschaft zu entwerfenden Instruction versehen, und daß der Landrentmeister von herzogl. Räten und dem größern Ausschusse der Landschaft gemeinschaftlich mit Bestallung versehen und vereidet werden solle.

1597 wurde den Ständen nachgelassen, den bisher zu Wolfenbüttel verwahrten Schatzkasten auf das Kapitelhaus in Braunschweig zu nehmen, auch wurden die Schatzräthe angenommen. Es wurde denselben ein eigenes Siegel und die Befugniß zugestanden, die über die Landesschuld ausgestellten Verschreibungen einzusehen.

1598 verminderte man die Zahl der Schatzräthe und stellte sie definitiv fest. Dabei wurde die Form ihres Siegels bestimmt und festgesetzt, daß sie für die Landschaft und den engern und weitem Ausschuss derselben die Aufsicht über den Eingang der Land- und Türkensteuer führen, die richtige Verwendung der Steuern beachten, zur Abtragung der Schulden mit Vollmacht versehen und berechtigt sein sollten, Geld anzuleihen und darüber, unter ihrem Schatzsiegel, Verschreibungen auszustellen, auch Versuren zu machen und alles Erforderliche zu beschaffen. Nur in dem modo collectandi sollten sie ohne Zustimmung des Landesherrn und der Stände nichts ändern.

Die Rechnungen über die Steuern sollten an einem zu verabredenden Tage vor einer aus herzogl. Räten und Mitgliedern der Landschaft bestehenden Deputation jährlich abgelegt werden.

1603 bestimmte man, daß einer solchen Deputation auch die Untersuchung wegen Unrichtigkeiten im Contributionswesen überwiesen sein solle.

dahin arteten, in der Zeit der Selbsthülfe und des Faustrechts, die alten Versammlungen freier Staatsgenossen aus. Und auch die Prälaten wurden zugezogen, nicht etwa als besonders staatskluge Männer, nicht als Förderer der Cultur — denn deren fanden sich unter ihnen nur selten und zufällig — sondern als mächtigere Grundbesitzer, die wegen ihres kirchlichen Einflusses gefürchtet werden mußten und immer bereit waren, eine usurpirte Gewalt gegen den Territorialherrn zu mißbrauchen.

5.

Es wurden, als die nähere Verbindung sich gebildet hatte, Ausschüsse *) geordnet, zuerst zu einer Mitaufsicht über den Eingang und die Verwendung der bewilligten Gelder, bald aber auch zu mehrerer Sicherstellung der Vorrechte, die jeder der drei Stände als Preis der Bewilligungen sich zu verschaffen wußte. Eben in Beziehung auf diese Vorrechte, die nach den Neigungen und Bedürfnissen der einzelnen Standesclassen verschieden waren, bildeten sich drei Corporationen — Curien —; in dem Interesse der Gesamtheit waren sie nicht nur nicht erforderlich, sondern, wie sich zeigen wird, höchst schädlich. Zwischen den Prälaten und Städten bildete die Curie der Ritterschaft den Mittelstand; sie war aber eigentlich nie eine Corporation der Ritter oder auch nur ritterbürtiger Personen, nie eine in Beziehung auf Adelswürde zusammengesetzte Curie.

Der Erwerb von Lehn- und Dienstgütern war im Mit-

1605 wurde festgesetzt, daß zu vacanten Stellen in den Ausschüssen oder der Schatzverordneten auf den Vorschlag der Landstände und mit Zustimmung des Landesherrn die Ernennung geschehen, auch die Bestätigung ohne erhebliche Ursachen nicht verweigert werden solle.

1619 erfolgte die Anerkennung des Rechts der Landschaft, eine Zusammenberufung zu landschaftlichen Zwecken ohne Genehmigung des Fürsten veranstalten zu dürfen.

*) S. darüber die historischen Nachweisungen in der vorhergehenden Note.

telalter durch Persönlichkeiten und besonders durch die Fähigkeit bedingt, die eben erforderlichen Dienste leisten zu können. Der Kriegsdienst gab am häufigsten Gelegenheit, die Ritterwürde zu erlangen, und so waren auch Ritter und Nachkommen von Rittern häufig solche Gutsbesitzer, deren Stimme gehört werden mußte, wenn man bei der Ausführung umfassenderer Maßregeln nicht auf Widerstand stoßen wollte. Neben ihnen besaßen aber auch immer viele Andere, welche nicht Ritter waren und unter ihren Vorfahren keine Ritter zählten, größere und auch solche Güter, von welchen der Kriegsdienst zu Pferde geleistet werden mußte; auf die dem Territorialherrn schuldigen Dienste, auf die Zusammenstellung der Mannschaft, auf eine Stimme in Territorialangelegenheiten, war diese Ritterwürde eben so wenig, als die ritterliche Abstammung von Einfluß; jene Dienst- und Stimmberechtigung knüpften sich im Gegentheile allein an das Besitzthum.

Als man anfang, Steuern für das Reich, und später in Beziehung auf die Bedürfnisse einzelner Territorien, zu heben, errichtete man für das Territorium allgemeine Kataster, aber mit verschiedenen Abtheilungen. Eine der letzteren war den Besitzungen gewidmet, von welchen besonders Kriegsdienste geleistet werden mußten, und es war, so lange die Dienste wirklich noch in Natur geleistet wurden und gebraucht werden konnten, eine abgesonderte Berechnung nothwendig. Nie aber gab es ein Kataster, in welchem nur Ritter oder Ritterbürtige zusammengestellt wären, die Benennung „Rittermatrikel“ wurde vielmehr später nur gebräuchlich, weil auch Nachkommen von Rittern unter den Grundbesitzern waren, und man es im Mittelalter so genau nicht nahm, auch wohl am wenigsten daran dachte, welche Folgen man einst aus einer von zufälligen Merkmalen entlehnten Benennung ableiten werde. Diese Verhältnisse haben manchen kleinen Gutsbesitzer, der sich zum Adel rechnet, dessen Vorfahren man aber nie in der ritterlichen Würde oder unter ehrenden Verhältnissen antrifft, zu dem

Wahne verleitet, sich zu den ritterbürtigen Geschlechtern zu zählen, mit welchen er sich in der mißbräuchlich so genannten Rittermatrikel verzeichnet findet; eine solche Schlußfolge ist aber unrichtig und wird durch den geschichtlich zu verfolgenden Hergang widerlegt. Die Rittermatrikel hat etwa nur noch eilf ritterbürtige Geschlechter aufzuweisen.

Als 1427 für das Reich zuerst Geldanforderungen — der gemeine Pfennig — gemacht wurden, entwarf man auch hier Anschläge, die jedoch sehr unvollkommen und willkürlich waren. Ein erster umfassender und geordneterer Anschlag ist der vom Jahre 1532, der 1569 und 1620 revidirt wurde. Diese Kataster beweisen die obigen Behauptungen und daß an dieselben, als solche, weder Corporations- noch Vorrechte vor andern Landsassen geknüpft werden können; weder für Ritter noch Ritterbürtige oder Adlige.

6.

Drei Jahrhunderte hindurch hatten Eigenmacht und Selbsthülfe Deutschland so zerspleißt und Alles so in Verwirrung gebracht, daß man nicht einmal wußte, welche Herren zu den Reichsständen, welche Städte zu den reichsunmittelbaren zu rechnen seien. Am Ende des 15. und im Anfange des 16. Jahrhunderts war man deshalb allgemein zu der Ueberzeugung gekommen, daß diesem anarchischen Zustande ein Ende gemacht werden müsse, wenn nicht Alles in der Zerrüttung untergehen sollte.

Die Landeshoheit, sollte sie sich in angemessener Weise entwickeln, erforderte neue und festere Grundlagen. Der Landfrieden (1495), die Reichsgerichte (1495—1501), die Kreiseinrichtungen (1512) waren dazu bestimmt, den Mängeln abzuhelpfen, und es begann damit die neuere Zeitperiode; der fernere Hergang lehrte aber, welche Kämpfe man dennoch zu bestehen hatte, um durch die im Mittelalter planlos aufgehäuften hemmenden Bollwerke sich den Weg zum Bessern zu bahnen.

Die großen Veränderungen in der Reichsverfassung, die

Kirchenreformation, die Abänderungen, welche im Gefolge eingreifender Reichsbeschlüsse und einer neuen Art Krieg zu führen, auch in der Territorialverfassung getroffen werden mußten, fielen in die Zeit des kräftigen Herzogs Heinrich des Jüngern von Braunschweig-Wolfenbüttel, eines viel getadelten, aber noch nicht nach den Verhältnissen seiner Zeit und nach so vielen Einzelheiten in seinem Leben beurtheilten Fürsten, über welchen ein gerechtes Urtheil von den bisherigen weit abweichen dürfte.

Herzog Heinrich fand bei seinem Regierungsantritte (1514) ein in allen Theilen verschobenes Staatsgebäude vor — wenn man überhaupt bei den unendlichen Unregelmäßigkeiten in damaliger Zeit von einem Staatsgebäude reden kann. — Er erkannte, daß seine Lehnsmannschaft zum Kriege längst nicht mehr brauchbar sei *), nahm daher das aus der Landeshoheit

*) Die zum Reiterdienste pflichtige Lehnsmannschaft, zu welcher auch die Pfandinhaber herzogl. Häuser gerechnet wurden, zerfiel, nach der von dem Pfennigmeister Herzogs Heinrich d. J. — Christoph Sorsum — geführten Reiterrolle in 4 Quartiere:

1. Wolfenbüttelsches Quartier,
21 Ritter mit 68 Pferden
außer den Beschloßten.
2. Schöningssches Quartier,
18 Ritter mit , 55 "
3. Liebenburgsches Quartier,
18 Ritter mit 74 "
4. Gandersheimsches Quartier,
25 Ritter mit 74 "

Nach einer andern Musterrolle aus derselben Zeit bestand das alte Rittercorps

aus den Beschloßten mit 194 Pferden

aus den Belehnten mit 240 "

wozu denn noch Beamte, Oberförster und Förster mit ihren Pferden eingestellt wurden.

Da mit diesen zum Theil alten, steifen Reitern und ihren Knechten nichts auszurichten war, so griff man auf die Landfolge, zu welcher doch rüstige junge Mannschaft einbeordert werden konnte, und es mag hier Einiges über die Zusammenstellung der Landwehr und des Geergeräths im Jahre 1553 Platz finden.

fließende Recht der Landfolge ernstlich wieder in Anspruch, um so die erforderliche Hülfe aus der waffenfähigen Mannschaft des gesammten Landes ziehen zu können. Er sah ein,

• Es wurden beordert zu dem groben Geschütze:

- 16 Wagen behuf der Karttaunen,
- 3 „ „ der halben Karttaunen,
- 1 „ „ der Feldschlangen,
- 3 „ zu der Muserei (dem Artilleriegeräth im Allgemeinen),
- 2 „ noch zu Loth für die Feldschlangen,
- 2 „ noch zu Loth für die halben Feldschlangen,
- 10 „ zu dem Transporte des Pulvers,
- 2 „ zu dem Hebezeuge,
- 30 „ zu verschiedenartigen Bedürfnissen: Sturmleitern — Blei — Geschirr — Räder &c.
- 36 „ zu Bier, Brot, Tischen und Bänken,
- 37 „ für die Knechte,
- 7 „ zum Transport des herzogl. Zelts,
- 2 „ zum Transport der Kanzlei,
- 24 „ zum Transport von Früchten.

Dann noch Wagen für Küche und Keller, für die Zeugmeister, den Futtermeister, die Kapelle und den Kapellan.

Das Geschütz soll gewartet werden von 3 Schützenmeistern und noch 12 Personen.

Die Städte hatten zu stellen:

Helmstedt 200 Mann, — Schöningen 96, — Königsutter 40, — Schöppenstedt 20, — Seesen 70, — Sandersheim 100, — Stadtholendorf 40, — Holzminde 40, — Ottenstein 30, — Bokenem 200, — Alfeld 200.

Diese Mannschaft fought wahrscheinlich mit den Schützenmeistern.

Aus den Dörfern waren gestellt:

Gericht Sandersen 200 Mann, — aus der Herrschaft Homburg 200 M. — Amt Ottenstein und Gegend 100, — Gericht Greene 200, — Amt Harzburg 60 (Mehr Aemter und Gerichte scheinen für dasmal nicht aufgeboden zu sein).

Die Anführer des Fußvolks wurden aus der betreffenden Stadt oder dem Gerichte genommen, z. B. waren Heinrich von der Rieste und Lübeck Bremer Anführer der Mannschaft aus der Stadt und dem Amte Königsutter. Die Aushebung geschah von den Magistraten und den Beamten, und forderte man z. B. 1553 den 3ten Mann (wahrscheinlich einer gewissen Altersklasse).

Die Ritterschaft stand neben den Städten, und jener war auch nach-

daß die Ausübung der Gerichtsbarkeit vermöge einer an Privaten veräußerten Gerechtsame den Zwecken eines wohlgeordneten Staates ganz entgegen stehe und er verschaffte sich, um gründlich einzubessern, in Mynsinger von Frondeck einen der gebildetsten und gelehrtesten Rechtskundigen seiner Zeit. Einer Reform im Kirchenwesen, welche zu Absonderungen und Trennungen führte, widersetzte er sich zwar, war aber dennoch von der Nothwendigkeit gründlicher Verbesserungen in der Lehre und dem Leben der Geistlichen, wie viele Umstände ergeben, überzeugt, und gab selbst endlich der neuen Lehre Raum, als sich zeigte, daß das Bessere auf anderem Wege nicht zu erreichen sei. Er hielt, da ihm nothwendig schien, die Staatslasten in gerechter Weise zu vertheilen, eine Ausgleichung in Gelde für nothwendig und begründete deshalb systematisch geordnete Steuern; bei diesem Allen stieß er aber auf den heftigsten Widerstand.

7.

Was der Herzog auf staatsrechtliche Gründe gestützt forderte, wurde nach privatrechtlichen *) Einreden verweigert; ohne Berücksichtigung aller der eingetretenen Ereignisse, die

gelassen, statt reißiger Knechte Schützen zu stellen. — Christoph von Weserling stellte sich, wie es heißt, selbst, aber wie ein Schütze.

Es wurden Rotten geordnet und unter Rottmeister gestellt. Die Landleute erhielten lange Spieße, und wurde Vericht gefordert, welche Personen in den Städten und auf dem Lande zu Hauptleuten, Fähnrichen und Befehlshabern sich eigneten.

*) Dieser verschiedene Standpunkt characterisirt überhaupt die Entwicklung der öffentlichen Verhältnisse seit dem Ende des Mittelalters, und wie derselbe die Veranlassung gegeben hat, daß ursprüngliche Volksrechte allmählig in Vorrechte Einzelner, in Privilegien ausarteten, so ist darin auf der andern Seite auch ein Hauptgrund zu suchen, weshalb bei dem unausbleiblichen Fortschreiten des staatsrechtlichen Principes die Stände, welche bei ihren engen privatrechtlichen Ansichten blieben, immer mehr zur politischen Nichtigkeit gedrängt werden mußten. Was daraus folgen würde, wenn man jetzt wieder das Privatrecht der Einzelnen zur Grundlage der Verfassung machen wollte, ergibt sich von selbst.

eine Veränderung in den Staatsmaßregeln, in der Zutheilung der Rechte und Pflichten der verschiedenen Classen der Unterthanen gegen einander und Aller gegen den Staat unabweislich erheischten.

Wohl erkannte der Fürst, wo die eigentliche Kraft des Staates zu suchen sei, daß die große Zahl geringerer Grundbesitzer neben einer sehr angewachsenen Zahl von Bürgern die vormalß von der Lehnsmannschaft persönlich geleisteten Dienste ersetzen, daß zu den Ausgleichungen in Gelde alle Staatsgenossen nach gerechtem Fuße beitragen mußten; allein nun zeigte sich erst, wohin frühere Zustände geführt hatten und wie weit vom Wege abgewichen war.

Die Stände, welche der Fürst bei öffentlichen Verhandlungen zugezogen hatte, bildeten den bei weitem geringeren Theil der Staatsgenossen, sie hatten sich schon in der Vertretung ihrer eigenen Interessen und zwar nach mittelalterlichen, aus der Grundherrlichkeit und dem Feudalsysteme entlehnten Grundsätzen festgesetzt und zu einer Genossenschaft geordnet. Der Hofbesitzer, welcher nicht Besitzer eines Lehnguts war, das zu der oben erwähnten Kategorie gehörte, war mit seltenen Ausnahmen zum Hintersassen hinabgedrückt, obwohl eine sehr große Zahl derselben früherhin sicher in freien Verhältnissen lebte und ihre Besitzungen eben so frei von Hörigkeit nuzte als manche, durch Zufall mit in die Rittermatrikel gerathene, nicht größere und kaum einem bedeutendern Ackerhofs gleichzuschätzende Rittergüter *).

Die auf vielfältige Weise herbeigeführte Verschleuderung der Staatsgerechtsame, namentlich der Gerichtsbarkeit, hatte dazu we-

*) Nach amtlichen Berichten waren z. B. 1546 im Amte Wickenfen noch 74 Ackerleute und 140 Rothsassen, und im Amte Gandersheim 37 Ackerleute und 82 Rothsassen, die der Beamte in Beziehung auf frühere Verhältnisse freie Bauern nennt. Sie hatten jährlich nur einige Tage Dienst, auch Burgfrieddienste zu leisten, welche letzteren jedoch sicher nicht aus grundherrlichen, sondern aus staatsrechtlichen Verhältnissen, — aus der Pflicht, eine gewissen Bezirken gemeinsame Wehrstadt zu unterhalten — hervorgegangen war.

sentlich beigetragen, und besonders waren zahlreiche geringere Grundbesitzer dadurch aus der unmittelbaren Verbindung mit dem Staate gezogen, daß aus dem Amtmann, der früher herrschaftlicher Wirthschaftsbeamter — *villicus maior* — war, der die Angelegenheiten der eigentlichen Hörigen und ihr Verhältniß zu dem Grundherrschaft zu ordnen hatte, nach und nach zugleich ein Staatsrichter wurde, der die alten markgenossenschaftlichen Behörden unterdrückte und Alles, was in seinen Bezirk überwiesen wurde, in Beziehung auf die Verhältnisse zum Grundherrschaft, so weit nur irgend thunlich, nach Einer Regel behandelte *).

Wie manche größere Grundbesitzer, um des augenblicklich erforderlichen Schutzes zu genießen, einem Mächtigen ihre Güter zu Lehen auftrugen und ihm dienstbar wurden, so suchten noch häufiger freie, geringere Grundeigenthümer unter Angelohniß gewisser Gaben und Leistungen sich den Schutz eines mächtigen Grundherrschaft zu verschaffen oder doch von den Anfechtungen desselben sich zu befreien. Tausende von Urkunden beweisen, daß oft von ländlichen Grundstücken nur gewisse Gefälle Klöstern und Gutsherren durch Kauf, lehnweise oder zur Förderung des Seelenheils überwiesen und daß so namentlich von den Klöstern Alles, was in Einer Ortschaft zu erlangen war, erworben, dann der Ort als ein Klosterort bezeichnet, unter dessen Gerichtsbarkeit gezogen und nun so behandelt wurde, als gehöre alles Grundeigenthum darin dem Kloster **). Auf die mannigfaltigste Weise war

*) Deshalb finden wir unter den grundherrlichen Gefällen und den den Grundherrschaft zu leistenden Diensten auch solche, die ursprünglich zu Staatszwecken bestimmt, nachher aber an die Ämter und Güter gezogen worden, z. B. Landsteuer (in Blankenburg), — Schoss und Schosszaser, — Herbstbede und Maibede (die älteren Staatsabgaben) — fette Kuhgelber, — Synodatz, Send- oder Segenkorn, — Landfolgelgelber, — Rittersteuer, — Urfundengelder u.

**) In den klostertlichen Urkunden, deren Benutzung jetzt sehr erleichtert ist, finden sich die denkwürdigsten Nachweisungen über die schonungslose Willkür, mit welcher die Bauern behandelt wurden. Die Ausrottung einer ganzen Gemeinde nannte man »einen Ort legen.« 1229

der Zustand herbeigeführt, nach welchem in jenen geschlossenen Zeiten die Gesammtheit der Landbebauer in Grundherren und Hintersassen sich geschieden hatte, und jetzt, als man die Kräfte des Staats in ganz anderer Weise in Anspruch zu nehmen sich genöthigt sah, verwies man zuerst den Landesherrn auf seine Domänen und die von ihm, als Grundherrschaft, abhängigen Hintersassen *), unter der Behauptung, daß die übrigen Hintersassen nur von ihren Grundherren abhängig und wie diese dem Staate zu Nichts pflichtig wären. Man suchte durchzuführen, daß die, welche eine gewisse Reihe von Jahren zu Gaben und Leistungen pflichtig gewesen wären, als Meier behandelt, zu höheren grundherrlichen Abgaben angezogen und als Pächter von ihren Gütern entfernt werden könnten, ohne den Ursprung der Verhältnisse weiter hinauf zu verfolgen. Man behauptete, daß man von den Gütern zu Roß- und Hofdienste pflichtig und nur höchstens, wenn es sich um Reichslasten handle, beizutreten schul-

verschaffte sich die Abtissin des Stifts Gandersheim, die vorgab, daß sie zum bequemern Unterhalte ihrer Chorherren und Jungfrauen die Güter des Dorfes Meinhaldeshusen zu benutzen wünsche, mit leichter Mühe die Genehmigung ihres Obern, den Ort auszurotten.

Wo einst z. B. die Ortschaften Rannum, Othorode, Marquardorode lagen, da bildete das Kloster Niddagshausen seine Feldmarken. Das große Dorf Schickelsheim wurde vom Kloster Königslutter, kl. und gr. Seedorf, wie Vassallo von den Klöstern zu Helmstedt, Königsdorf, Opperfelde und andere Ortschaften vom Kloster Marienthal verschlungen, und dazu glaubte man sich oft nur durch einige Federstriche aus Rom berechtigt.

*) Merkwürdig sind in dieser Hinsicht die Verhandlungen v. J. 1405. Es war Grund zu einer allgemeinen Steuererhebung vorhanden. Um dem Fürsten förderlich zu sein, überwies man auf viele mit großer Willkür bezeichnete Ortschaften eine Abgabe von 127 Kühen, 254 Scheffel (à 10 Himten) Hafer, Dienste zu Mist-, Korn-, Heu- und Brennholzfuhrn unter dem Zusatz, daß diese da geleistet werden sollten, wo man ihrer bedürfen würde. Die Betheiligten, denen daraus eine dauernde Last erwuchs, wurden nicht befragt (vgl. Revers Herzogs Heinrich v. J. 1405, Mont. post trinit.), und die meisten der Ortschaften, auf welche man damals die Abgabe anwies, waren frei

dig sei. Man wies zwar endlich aus eigenen Mitteln und auf eigene Hintersassen Etwas an; ließ sich aber dann reverfieren, daß man zu Nichts pflichtig sei.

Dies waren die hauptsächlichsten Gegenstände der Verhandlung mit den Ständen, und wenn auch anerkannt werden muß, daß dadurch der Uebergang zu einer verbesserten Vertretung wenigstens offen erhalten wurde; so war doch dieß aus den Zeiten grundherrlicher Einförmigkeit beibehaltene Ständewesen selbst keinesweges zu einer zeitgemäßen Fortbildung, zur Förderung eines Staatsgebäudes geeignet, welches dem rechtlichen Begriffe von Staat entspricht *).

8.

Herzog Heinrich fühlte schon tief das Staatswidrige eines Zustandes, nach welchem der größere Theil der Staatslasten auf die Hintersassen gewälzt, diese aber auch zugleich für den Gutsherrn nach Willkür in Anspruch genommen werden sollten; in welchem thunlich war, die Zahl der Bauern nach Gutdünken zu vermindern und ihre Besitzungen eben mit den Gütern zu vereinigen, deren Befreiung von

*) Schon Herzog Friedrich von Braunschweig erkannte, daß dem Bauer nothwendig wieder aufzuhelfen sei. Er hob in einigen Gegenden des Landes die Baulebung auf (1396, Koch pragm. Gesch. p. 256). Mehr aber that 1433 Herzog Heinrich der Friedsame nach dem Vertrage vom Sonnt. vocem iucunditatis. Er hob die Curmeße auf, welche die Erben des verstorbenen Hofbesizers als Handlohn oder Laudemium dafür hatten zahlen müssen, daß der Gutsherr ihnen die Meierstätte ließ, und setzte fest, daß der Bedemund nicht erhöht werden sollte, daß nach dem Ableben eines Meiers der Gutsherr nur das Stück nächst dem besten sollte fordern können, daß alle ins Land ziehende Fremde freier Landsassen Rechte haben und Freie nicht zur Entrichtung des Bedemundes verbunden sein sollten.

Es geht schon aus dieser letzten Bestimmung hervor, daß man die auf Hörigkeit deutenden Abgaben auch auf Freie erstreckt hatte; mehr noch bestätigt dies die Einleitung, wo der Herzog darauf hindeutet, daß die jetzt aufzuhebenden Abgaben auch mit Unrecht eingezogen worden; doch es traten ferner Zeiten ein, die die Ausführung solcher Verträge und Vorschriften außerordentlich erschwerten.

Staatslasten, die jetzt unbrauchbar gewordenen Reiterdienste und die Zuschüsse zu Reichs- und Prinzessinnensteuern etwa ausgenommen, behauptet wurde *). Er zog Erkundigung über die Ausbildung solcher Verhältnisse ein; mußte sich aber, aus einer Fehde in die andere gestürzt und in steter Geldnoth, gefallen lassen, was er unter so drückenden Verhältnissen nicht ändern konnte. Er erlitt selbst die tiefe Kränkung, daß seine Ritterschaft, als die schmalkaldischen Bundesgenossen ins Land rückten und er der Hülfe am bedürftigsten war, ihm in einem förmlichen Absagebrieфе den Gehorsam aufkündigte und danach ohne Weiteres den Bundesgenossen huldigte (Schreiben vom Freitage nach assumpt. domini 1542). Als der Fürst darauf 1551 ein Heer zusammen stellte, zog er die Mannschaft aus den Städten und Amtsdörfern.

Der Herzog hatte in der Stiftsfehde und in dem Kriege mit den schmalkaldischen Bundesgenossen Gelegenheit gehabt, das Bedürfniß einer ganz veränderten Kriegshülfe kennen zu lernen. Er hatte den zur Abführung der Schulden eingeführten Landschatz auf eine festere Repartition gegründet. Er überzeugte sich, daß ohne Ausgleichung in Gelde und ohne dauernde Zuschüsse der Staatshaushalt nicht ferner zu führen sein würde und benutzte daher die Stimmung, welche sich nach seiner Rückkehr aus der Gefangenschaft (1547) der Ritterschaft und der Städte bemächtigte. Sie hatten 1542 sich durch ihren Abfall auf das Aeußerste compromittirt. Die Ritterschaft, die ihre Lehnsgüter auf das Spiel gesetzt hatte, suchte bei dem Kaiser Hülfe und erlangte durch dringende Bitten, daß sie in den zwischen dem Landgrafen von Hessen und Herzog Heinrich dem Jüngern unter Zutritt des Kaisers vermittelten Frieden mit aufgenommen wurde. Doch blieb ihre Lage unsicher, und der Herzog faßte gerechtes

*) Nach Ausweisung des Land- und Bürgerbuchs zu Königsutter war 1557 derjenige mit einer Strafe von 10 fl. bedroht, der seinen Meier abmeiern würde (Gesenius Meierrecht I, 427).

Mißtrauen. Die schmalkaldischen Bundesgenossen hatten den vom Herzoge geordneten Landschatz sich im Jahre 1546 doppelt zahlen lassen; man hatte dies auf einem Landtage am 9. Octbr. 1546 zu Salzdahlum ohne Bedenken zugestanden; und unter diesen Umständen wurden dem Herzoge die Verhandlungen erleichtert, nach welchen er endlich 1557 eine umfassendere Schatzordnung erlassen konnte, in der die Hebung aller bis dahin eingeführten Abgaben auf feste und den damaligen Zeitverhältnissen nach gerechte Grundsätze basirt wurde.

Bei der ersten Begründung des Systems der Schatzungen leuchtet das Bestreben des Landesherrn hervor, dieselben gleichmäßig zu vertheilen und alle Classen der Staatsgenossen heranzuziehen; er rettete aber in Beziehung auf den Landschatz — die wichtigste Steuer der damaligen Zeit — nur das Princip; die zu den Verhandlungen berufenen Stände zogen sich aus den Steuerkatastern mit Aversionalsummen, die sie ferner festhielten und die nur die Ritterschaft in der Folge ganz abwarf. Ein erstes wichtiges Lebenszeichen der Feudalstände in der neueren Periode.

9.

Herzog Julius, der 1568 seinem Vater folgte, tummelte zunächst seine Ritterschaft im Hofdienste und auf Reisen umher; da sie aber zu dem ursprünglichen Hauptzwecke untauglich geworden war, so glaubte er, statt des Naturaldienstes einen Geldbeitrag zu den Staatslasten, eine nach dem Ertrage der Güter abzumessende Steuer, fordern zu können. Er zog deshalb Erkundigung über die Verhältnisse in anderen Staaten ein, in Schreiben vom 5. Mai 1581 an den Kurfürsten von Sachsen, von der Pfalz, von Brandenburg, den Administrator des Erzbisthums Magdeburg, die Herzoge zu Lauenburg, Mecklenburg, Pommern und Württemberg, die Bischöfe von Minden und Bremen und den Kurfürsten von Köln fragte er an, wie man etwa schon in diesen Ländern die Ausgleichung bewerkstelligt habe, welche in Betreff der

auf den Lehnsgütern haftenden, aber nicht mehr zeitgemäßen und anwendbaren Naturaldienste erforderlich sei? — Ob man eine Hebung nach dem Ertrage der Güter eingeführt habe u. c.? Da aber die so bedeutende Veränderung in der Kriegsweise sich nach und nach gebildet hatte, und man damals, wie weit über das Mittelalter hinaus, die Beibehaltung einer historischen Basis nur darin fand, daß man Staatseinrichtungen, die auf früheren, längst untergegangenen Zuständen beruheten, dennoch, insoweit sie den Privatinteressen zusagten, beizubehalten suchte, zeitgemäße Fortbildung des Staats aber Entfernung von der historischen Basis nannte, so war in keinem der Länder in der bezeichneten Hinsicht etwas geschehen. Man fühlte, wie aus den Antwortschreiben sich ergibt, daß eine Ausgleichung durch die neueren Verhältnisse geboten sei, hin und wieder wurden aber die Vasallen als Reiterei in Kriegszeiten noch wirklich mit benutzt, und so hatte man dort, wie hier, das Uebel noch fortschleichen lassen.

Gleichzeitig und noch eifriger war aber der Herzog bemüht, die aus der unmittelbaren Verbindung zu dem Staate gesetzten Unterthanen, die große und kräftige Classe der kleineren hintersässig gewordenen Bauern, dem Staate wieder zu geben *), den Zustand zu beseitigen, nach welchem sie willkürlich für die Grundherren dermaßen in Anspruch genommen werden konnten, daß der Staat, ohne sie zu erdrücken, nicht auch auf sie greifen durfte, und der fernern Unterdrückung und Ausrottung dieser Classe Einhalt zu thun. Seine Anweisungen an die Beamten und die sorgfältigen Nachfragen über frühere Verhältnisse liefern den Beweis;

*) Der Herzog wies die Beamten an, nicht zu gestatten, daß Abminderungen vorgenommen würden (Ausfchr. an die Beamten 5. Decbr. 1569), und setzte ferner durch die Verordnung vom 22. Decbr. 1579 fest, daß die Meierzinse nicht gesteigert werden sollten. Auch das häufiger in Gebrauch kommende römische Recht und die Anwendung der römischen Lehre vom Erbenzinse auf Meierverhältnisse half zur Ausrottung der durch mittelalterliche Willkür herbeigeführten Härten. Bei diesem Allen konnte aber der Zustand der Bauern nicht allgemein und grundgesetzlich geändert werden.

allein sein Unternehmen hatte die beabsichtigten Folgen noch nicht vollständig ins Leben führen können, als er 1589 starb *).

Es war, weil man nicht den Zeitverhältnissen und neueren Staatsbedürfnissen gemäß fortgebildet hatte, ein Zustand eingetreten, bei dem man gerade die Folgen dieses Mangels trefflich benutzen konnte, um die Verwirrung noch größer zu machen und dabei für sich zu gewinnen. Schon Herzog Heinrich der Jüngere hatte alle Mittel aufgeboten, dem Lande eine geordnete Rechtspflege zu sichern. Er hatte die Ämter besser eingerichtet und höhere Gerichte eingesetzt, wie dieß die Reichsverfassung und die Zeitverhältnisse überhaupt erforderlich machten. Er war bemüht gewesen, verpfändete Ämter und Gerichte wieder einzuziehen und besonders auch das Berg- und Hüttenwesen wieder in Aufnahme zu bringen und als Finanzquelle zu benutzen. Alles dieses war nicht nur bei der ersten Einrichtung mit großem Kostenaufwande verknüpft, sondern manche der wohlthätigen, bis in die neuere Zeit benutzten Institute erforderten auch dauernden Geldaufwand. Dazu kamen seine nicht mehr in alter Feudalweise auszuführenden Kriege.

Herzog Julius förderte neue kirchliche Einrichtung und neue Lehranstalten, die auch den Zeitverhältnissen angemessen waren, aber ohne Geldzuschüsse nicht wohl erhalten werden konnten; bei allen neuen, dauernden Staatseinrichtungen war indeß eine sorgfältige Berathung darüber nicht zu erwirken, wie die Herbeischaffung der Mittel in nachhaltiger Weise und nach gerechtem Fuße zu beschaffen sei. Längst waren die Verhältnisse von der Art, daß eine Ausgleichung in Gelde — eine Besteuerung — nicht umgangen werden durfte; man ließ aber den Fürsten und sein Domanium erst tief verschulden, und wenn dann die Noth aufs Höchste stieg, wenn

*) Merkwürdig ist die Bestimmung in dem Testamente des Herzogs Julius, wonach bei Aufnahme des Inventars über die dem Lande hinterlassenen Schätze an Metallen nicht nur von den Prälaten, der Ritterschaft und den Städten, sondern auch von den Bauern, von jedem dieser vier Stände drei Personen zugezogen werden sollten.

eben dadurch, daß man zum Schuldenmachen und zu allen damit verbundenen Opfern zwang, die endlich erforderlichen Summen sehr bedeutend geworden waren; so fing der Handel an, nach welchem von den zur Landschaft gezogenen Ständen Zugeständnisse an die Bedingung geknüpft wurden, daß in Rücksicht auf sie alles bei dem Alten, wie dies unter längst untergegangenen Zuständen sich gebildet hatte, verbleiben, daß die Privilegien und Freiheiten erteilt werden sollten, welche es thunlich machten, eine Fiction als Wahrheit fortbestehen, und z. B. die Erklärung der Ritterschaft, daß sie zum Kriegsdienste bereit sei, obwohl dieser längst nicht mehr brauchbar war, als baares Geld in den allgemeinen Steuerlasten legen zu lassen.

10.

Herzog Heinrich Julius (1589—1613) ein hochgebildeter, staatskluger, von gleichgebildeten Råthen umgebener Fürst, nahm die Plåne seines Vater sofort auf. Die Veranlassung zu Reformen war noch viel dringender geworden; was er aber in Beziehung auf das begonnene Werk von den Stånden zu hoffen hatte, die für modern und verwerflich hielten, was nicht schon einige hundert Jahre vorhanden gewesen (obwohl sie moderne Erfindungen, wie das Feuer-gewehr, die Buchdruckerkunst, sich hatten gefallen lassen müssen), ergiebt sich aus einem Schreiben derselben vom 25. Sept. 1590.

Herzog Julius hatte in seinem Testamente bedeutende Vorråthe an Metall zur Abführung der Schulden mit bestimmt. Er selbst überwies diese Gegenstände zu solchem Zwecke den Stånden; erhielt aber die Antwort:

„Weil nun der Landschaft nicht gelegen, sondern zum höchsten beschwerlich, sich zu angedeuteten Schulden und Verschwerungen zu verbinden, und deshalb auch unter Andern darüber, daß Se. fürstl. Gnaden mit ausdrücklichen Worten darin (in dem Testamente) gesagt, daß die getreue Landschaft zu Ablegung der Schulden, zu den Bürden

des Landes, Reichs- und Kreis- auch Fräuleinaussteuer, Unterhaltung der Universität Helmstedt, und was des mehr sein mag, schuldig sein solle, so können darauf Ihro fürstl. Gnaden wir zu unser und des ganzen Landes, auch der lieben Nachkommen höchsten Nothdurft unvermeldet nicht lassen, daß die anwesenden Stände darin zu willigen nicht wissen, sondern müssen gegen solche Assertion protestiren und bedingen; wie sie denn dagegen auch in der besten Form Rechtsens hiermit und kraft dieses protestiren und bedingen ic.“

Die Stände beurkundeten nach diesem Schreiben, daß sie den Standpunkt, wie er vor zwei Jahrhunderten etwa eingenommen werden konnte, noch jetzt behaupten zu können glaubten. Sie dachten sich den Landesherrn noch als großen Grundherrschaft, der aber aus eigenen Mitteln nicht etwa allein für seine und der Seinigen Bedürfnisse, sondern auch für die Landesbedürfnisse überhaupt Sorge zu tragen habe. Sie hatten sich noch nicht über die grundherrliche Einförmigkeit erhoben, aus welcher dem Mittelalter so viel Unheil erwachsen war, und die hier ausgesprochenen Grundsätze waren die der Feudalstände im Allgemeinen, so lange sie bestanden, da man die Bedrängnisse, die dem Landesherrn daraus erwuchsen und die Vortheile, die man für sich daraus ziehen konnte, immer besser kennen und schätzen lernte.

Bei dem Fürsten, der solche Grundsätze nicht anerkennen wollte und konnte, so wie bei den Ständen, die jeden Vorschritt zu einer veränderten Ordnung hemmen zu müssen glaubten, entspann sich eine Stimmung, die, durch andere Vorfälle noch bitterer gemacht, von beiden Seiten her zu Uebergreifen und Maßregeln führte, deren in ihren Einzelheiten nicht Erwähnung geschehen kann, weil hier historische Genauigkeit den Anstand verlegen müßte. Die v. Salbernschen Händel, die durch Unverschämtheiten hervorgerufenen Gewaltthatigkeiten gegen den Notar der Stadt Braunschweig, böshafte Schreiben des von der Ritterschaft angenommenen Händelsesten Juristen seiner Zeit, des bekannten Hennig

Braband, kamen hinzu, so daß Fürst und Stände in offene, höchst anstößige Fehde mit einander geriethen, aus der indes der Herzog endlich, in Rücksicht auf wichtige Punkte, siegreich hervorging.

Dabei muß jedoch hier schon bemerkt werden, daß bei diesen Vorgängen, wie bei spätern ähnlichen, immer Einzelne durch Mäßigung und Besonnenheit sich auszeichneten, daß sie zu unwürdigen Beschlüssen sich nicht hergaben, und daß diese Einzelnen meistens den wenigen noch jetzt blühenden, eigentlich adligen und im Sinne des Mittelalters ritterbürtigen Familien angehören, die ihr Ansehen auf umfassenden Grundbesitz gründen, dadurch unabhängig und in dem Besitze der Mittel sind, höhere Cultur und höheren Standpunkt sich anzueignen. In Beziehung auf solche, die in jugendlicher Verschrobenheit und aus Privilegiensucht der kränkenden Correspondenz beitraten, heißt es in den betreffenden Acten: Es wären entweder alte dumme Leute oder junge Gefellen, so nicht weit gewesen, mit denen Conventikels angestellt seien; leider waren aber diese, „die nicht weit gewesen“, häufig der überwiegende Theil, und die Verständigeren ließen sich ungern auf weitläufige Erörterungen mit solchen ein.

Der Herzog hatte eine Zusammenkunft fürstlicher Räthe mit einzelnen kundigeren Mitgliedern der Landschaft veranstaltet. Ihre Aufgabe war, die Bedürfnisse des Staats den gegenwärtigen Verhältnissen gemäß zu berathen, und besonders auch die oben erwähnte Lage der für den Staat so wichtigen Classe der Bauern ins Auge zu fassen und die Maßregeln zu finden, nach welchen sie der gutherrlichen Willkür und dem Untergange durch Abmeierung oder Ueberlastung entzogen werden könnte. Die Arbeiten dieser Deputationen bildeten die Grundlage zu dem so wichtigen Landtagesabschiede vom 3. Juni 1597, nach welchem, obwohl unter fortgesetzten Kämpfen und der kränkendsten Anfeindung jener Einzelnen, die Erbllichkeit der Meiergüter, so wie die Unveränderlichkeit der Meierzinse ausgesprochen und die zahlreichen Bestimmungen getroffen wurden, welche, unter mäßigen Beschränkungen,

jene thätige und so nützliche Classe der Landesbewohner grundgesetzhch wieder in unmittelbare Verbindung mit dem Staate stellten. Der unermüdeten Betriebsamkeit des Fürsten und weniger Gehülfen, und zwar solcher, die, in Rücksicht auf umfassenden Grundbesitz, am meisten theilhaftig waren, verdankt das Land das denkwürdige Grundgesetz *).

11.

Nachdem der wichtige Schritt geschehen war, nahm der Herzog auch ferner auf die Zusammenstellung eines der neuern Kriegsordnung entsprechenden Truppencorps und auf Sicherstellung der dazu erforderlichen Mittel Bedacht. Darüber sich mit den Ständen in neue weitläufige Verhandlungen einzulassen, hielt er weder für rathlich, noch für nothwendig **). Er behauptete, vermöge Landeshoheit und nach dem Rechte der Landfolge sowohl die erforderliche Mannschaft, als die benöthigten Geldzuschüsse vom Lande fordern zu können. Er ordnete den sogenannten Militärausschuß

*) Es heißt im Art. 19 der Landt. Abschl. 1597:

Wenn sich die armen Bauersleute, wie aufrichtigen und frommen Meiern und guten Hausvätern gebührt, in den nächst vergangenen Jahren verhalten, werden sie bei der Meierstatt, wenngleich die Güter erledigt oder heimgefallen, auch bei den vorigen Zinsen billig gelassen.

Zugleich wurde in dem Grundvertrage die Abschaffung des Sachsenrechtes ausgesprochen.

**) Dabei ließ der Herzog 1602 auch die Pflicht zum Rosßdienste: wie, und unter welchen Bedingungen sie vormals geleistet worden, untersuchen, — sowohl im Fürstenthume Wolfenbüttel, als in der Grafschaft Blankenburg-Neinstein. In letzterer hatten 36 Lehnsleute 39 Pferde zu stellen, und wurden für jedes Pferd damals 20 Thlr. bewilligt. Uebrigens hatten hier die vom Adel, die Freien, die beiden Städte und die Dorfschaften zusammen an Steuern 2295 Thlr. 11 Ggr. 4 Pf. zu zahlen.

Es wurde 1602 in Untersuchung gezogen, ob und in wie weit die zum Rosßdienste Pflchtigen, ihrer Behauptung nach, auf Futter, Mahl und Hufschlag Anspruch hätten, wenn sie zum Dienste gefordert würden. Der Herzog erkannte eine solche Berechtigung nicht an. Es

und das sogenannte exercitium militare *), gab den Oberamtleuten und Beamten Befehl, die waffenfähige Mannschaft aufzuzeichnen und zu den Kriegsübungen zu stellen, ließ Waffen und Uniformstücke ankaufen, stellte die nach Abtheilungen geordnete Mannschaft unter die für sie bestimmten Officiere, verfügte, daß zur Bestreitung der Kosten ein Gewisses von jeder Ortschaft an Gelde aufgebracht werden solle, und daß die Beamten ihre Aushebungen und Geldforderungen nicht bloß auf die herzoglichen, sondern auch auf die Junkerndörfer erstrecken sollten.

Das geforderte Geld wurde anfangs unter der Benennung Soldaten- oder Knechtegeld eingefordert. Der Oberamtmann Rauch berichtet unter dem 10. Juli 1602: der zehnte Mann wäre als dienstpflichtig berechnet, und für denselben sollten 5 Rthlr. monatlich eingesandt werden. Aus seiner Inspection sei noch nicht so viel eingegangen, daß 500 bis 600 Mann angenommen werden könnten, doch schienen die armen Leute — d. h. die Bauern — mit der Einrichtung zufrieden zu sein.

Am 22. Juli g. J. schreibt derselbe: das Soldatengeld

stand nicht einmal fest, welche Lehnleute und mit wie vielen Pferden sie Dienste zu leisten hätten; der Herzog befahl daher, über den Umfang der Dienste genaue Verzeichnisse aufzustellen und auch die nicht zu übergehen, welche kein ganzes Pferd stellen könnten. Der Herzog forderte diese Mannschaft häufig zu Musterungen, stellte sie unter herzogl. Officiere und ließ sie schwören, auch dem herzogl. Cornett gehorsam sein zu wollen. Das Ganze bildete ein aus den verschiedenartigsten Bestandtheilen zusammengesetztes Corps, weder allein aus Rittern, noch aus Adligen bestehend. Wurde eine Musterung angestellt, so erfolgten zahlreiche Entschuldigungsschreiben.

*) Das Nähere wegen dieser Landwehr ergiebt sich aus den von Ribbentrop (Landt. Absch.) mitgetheilten Verträgen und Urkunden, Thl. I. Nr. 38. — Nr. 39, S. 169 — 175. 184. 191. 196.

Die Städte machten sich verbindlich, ihre Bürger monatlich einmal exerciren zu lassen und den Sold der Officiere in Friedenszeiten zu beschaffen, wogegen jedoch der Landesherr, wenn es zum Grünslichen kommen werde, die Officiere und Mannschaft selbst unterhalten will. Es sollen von den Städten gestellt und gezahlt werden:

sei nun vier ganze Monate entrichtet. Die Unterthanen hätten endlich auf den zehnten Mann monatlich 9 Fl., und in drei Monaten dafür 27 Fl. Münze einzuschicken gewilligt. Er übersende Verzeichnisse darüber, wie viel die Gelder monatlich, sowohl für die Freien als Unfreien, betrügen.

Diese, Vielen von der Ritterschaft unerhört scheinende Neuerung veranlaßte zahlreiche auf ihren und der Ihrigen Schutz gerichtete Beschwerden, der Herzog rescribirte aber unter dem 7. October 1602: Er sei zur Anforderung der Landfolge, und statt derselben auch des Geldes, berechtigt. Das Geld solle erlegt werden, widrigenfalls er dasselbe durch Soldaten einziehen lassen werde.

Mit diesem Soldatengelde nahm die Abgabe der nachher so wichtig gewordenen Contribution den Anfang. Welche Ansicht der Herzog darüber hegte, erhellt auch aus dem Schreiben desselben vom 9. September 1605 *).

Hätte der größere Theil der Stände das Modernisiren, d. h. das Fortschreiten mit unabwendlichen Zeiter eignissen nicht so sehr gescheut, hätten sie mehr auf das Land, als auf ihr eigenes Interesse gedacht, so hätte ferneren Streitigkeiten vorgebaut werden können, und es wäre nicht zu der verwickelten Besteuerungsweise gekommen, nach welcher, in Gemäßheit verschiedenartiger Grundsätze, von einem und demselben Grundstücke zwei, selbst drei verschiedenartige Steuern gehoben werden, so daß z. B. ein eigenes Studium dazu gehört, um den höchst verworrenen Faden zu verfolgen

- 1) von Helmstedt 1 Fähnlein zu 90 Mann mit 1 Lieutenant, 1 Fähnrich und 200 Thlr. zur Contribution.
- 2) „ Alfeld 1 Fähnlein zu 80 Mann und 150 Thlr. Contrib.
- 3) „ Gandersheim 50 Mann und 100 Thlr. Contrib.
- 4) „ Bokenem 80 Mann und 159 Thlr. Contrib.
- 5) „ Seesen 50 Mann und 100 Thlr. Contrib.
- 6) „ Schöppenstedt, Königslutter und Schöningen zusammen 90 Mann und 200 Thlr. Contrib.
- 7) „ Stadtholbendorf und Holzminde 70 Mann und 100 Thlr. Contrib.

*) Der Herzog schreibt an den Oberamtmann der Harzämter: Er habe

und gerechten Beschwerden abzuhelpen oder auch solche nur richtig zu beurtheilen. Mit vielen Anhängseln war das System der Schatzungen einigermassen ausgebildet, nicht ohne Gewalt wurde die Contribution weiter begründet und gleichfalls mit Anhängseln versehen. Drückende Ungleichheiten waren die unausbleibliche Folge so eigennützig vernachlässigter Pflichten.

12.

Ehe noch das neue Gebäude hinlänglich ausgebildet und befestigt war, starb Herzog Heinrich Julius plötzlich zu Prag 1613. Ihm folgte sein ältester Prinz, Friedrich Ulrich, bei dessen Schwäche Vieles von dem, was die Vorgänger mit unendlicher Mühe aufgebauet hatten, wieder unterging. Aus seiner Zeit stammen wichtige, gegen den Staat erworbene Privilegien der Stände, und um zu beurtheilen, was von den Verträgen mit ihm und den von ihm gewährten Begünstigungen zu halten ist, müssen die Verhältnisse näher beleuchtet werden, unter welchen dieser unglückliche Fürst lebte und wirkte.

Herzog Friedrich Ulrich war, seinem Charakter nach — darüber liegen bündige Zeugnisse vor — ein gutmüthiger Herr. Es fehlte ihm nicht an wissenschaftlicher Bildung, und gleich im Anfange seiner Regierung ordnete er, mit Beistand seines Verwandten, des Königs von Dänemark, einen Theil der Collegialverfassung, welche bis in die neueste Zeit fortbestand. Er lebte mit seiner Gemahlin — wie aus

nicht erwarten können, daß Jemand sich eines Beitrags zu der behuf Kriegsexercitii eingeführten Contribution weigern würde:

»Nachdem nun aber solches Werk nicht eßlichen unserer Unterthanen allein, sondern allen unsern Unterthanen ins Gesamt zu Gute treuherzig gemeinet und angestellt, oder derowegen, daß einem oder anderem angemaste Exemptio keineswegs gewilligt oder zugelassen werden kann, wie wir denn auch keinen einzigen darunter zu übersehen, sondern von einem Jeglichen, ob und welcher Gestalt er zum Nothfall bei uns oder wider uns zu halten gestunnt sei, ob dem Werk zu spüren und zu wissen entschlossen sein ic.«

Manchem sich ergiebt, nicht durch seine Schuld — in unglücklichen Verhältnissen, auch bald von derselben getrennt. Er war zu gewissenhaft — wie gleichfalls aus bestimmten Thatsachen hervorgeht — um sich den Abgang an häuslichen Freuden in irgend einer Weise zu ersetzen, und so wurde er nach und nach verstimmt und — was den Fürsten des Hauses nicht eigen ist — mürrisch und mißtrauisch; nur war er das Letztere nicht da, wo es recht wünschenswerth gewesen wäre. Der Statthalter Anton von der Streithorst*) und die Landdrosten Joach. von der Streithorst, von Wobersnow und von Rethen bemächtigten sich seines ganzen Vertrauens. Sie allein umgaben ihn und verhinderten den Fürsten, aus eigener Anschauung oder durch Andere eine Ueberzeugung zu fassen, um durch den Nebel hindurch zu sehen, den man künstlich um ihn verbreitete.

Die schädlichen Männer wußten nach und nach die Landesbehörden außer Wirksamkeit zu setzen, zahlreiche einträgliche Staats- und Militairämter an sich zu reißen und die Landeseinkünfte zur Füllung der Privatkassen zu benutzen. Die durch sie veranlaßte Unordnung, welche am meisten aufsiel und am weitesten bekannt wurde, betraf ihr heillooses Münzwesen — die von ihnen begründete Kipperei und Wipperei. Sie münzten in 40 verschiedenen Münzstätten, ließen, um die erforderlichen Kohlen zu erlangen, die Wälder verwüsten, tauschten durch schlaue Betrüger — die Kipper und Wipper — gegen ganz gehaltlose überfilberte Münze (vorzüglich sogenannte Schreckenberger) harte Thaler ein, veranlaßten, daß ein solcher endlich mit acht Currentthalern (Thaler in kleiner Münze) vergütet werden mußte, und rechneten bei Zahlung von Salarien und Löhnen, so weit sie reichen konnten, die schlechte werthlose Münze den guten harten Thalern gleich.

Es wird hier nur dieser Verhältnisse erwähnt, weil sie mit dem Wirken und Treiben der Landschaft in Verbindung

*) Er wurde nach dem Edicte vom 1. Febr. 1616 zum Oberhofmeister Geheimen Rathe und Hofrichter, dann aber am 10. Decbr. 1616 zum Statthalter ernannt. Sein Stammgut war Schlefstedt.

stehen. Der heillose Zustand veranlaßte allgemeines Behklagen. Selbst die edle Herzogin Mutter und der durch sie wahrscheinlich veranlaßte „königliche Becker“ — ein ernstliches Ermahnungsschreiben des Königs von Dänemark — hatte eine Aenderung nicht bewirken können, da der Eindruck, welcher davon erwartet werden konnte, in den Verleumdungen und falschen Angaben wieder vernichtet wurde, zu denen die Landdrosten, stets in der Nähe des Fürsten, immer befähigt und bereit waren. Das Land sah nun auf die Landstände und forderte Hülfe. Sie versammelten sich an mehreren Orten, besonders zu Bokenem, das damals noch mit einem Theile des Bisthums Hildesheim dem Herzoge angehörte. Die Angelegenheit kam zur ausführlicheren Erörterung, und es wurden Eingaben an den Fürsten entworfen, die jedoch bei der fortdauernden Umlagerung desselben ohne Erfolg blieben. Die Landdrosten erbitterten den Fürsten mit der in schlechten Sachen so oft gebrauchten Rede: die Stände wollten sich (wie sie es nannten) ein Condominat anmaßen, sie wollten sich in Regierungsangelegenheiten mischen; und es erfolgten dann die heftigsten Drohungen.

Der Herzog war, bei seiner unglücklichen Stimmung, in hohem Maße jähzornig und augenblicklich zu den härtesten Maßregeln fähig, wenn er Ungerechtes zu bemerken glaubte, nur war er leider ganz von seinem Volke getrennt, und sah nur mit den Augen Einzelner, die seinen Blick nicht auf die wunden Stellen kommen ließen. Der größere Theil der Ständemitglieder zeigte sich in hohem Maße furchtsam und schwach. Namentlich erklärten die meisten Mitglieder der Ritterschaft, wie der Prälaten, mit der Sache sich nicht weiter befassen zu wollen, obwohl hier eine recht eigentlich ständische, in dem Interesse des Fürsten und seines Landes hochwichtige, die Ehre Beider auch im Auslande compromittirende Angelegenheit vorlag. Nun traten wiederum einzelne hochachtbare Ehrenmänner hervor, die, nicht gestützt auf Corporation und eitle Würden, ja verlassen von ihren Genossen, nur im Gefühle der Ehre und Pflicht das Wagstück auf sich

nahmen. Darüber, daß es in jenen Zeiten ein lebensgefährliches Bagstück war, könnten, wenn es nicht zu weit führte, die bündigsten Beweise gegeben werden; das Ende dieser Geschichte beweiset aber selbst, wie rasch damals verfahren werden konnte. Im Vertrauen auf die gerechte Sache und den edlen, aber ganz irre geführten Fürsten, entwarfen die Ehrenmänner ein sehr ausführliches Schreiben, in welchem sie alle Missethaten der Landdrosten und des Statthalters aufdeckten, diese als die Missethäter ausdrücklich bezeichneten und die Noth des Landes in allen Einzelheiten schilderten. Sie gaben sich das Wort, ihr Leben einsetzen und fest aneinander halten zu wollen, um dem Fürsten die Augen zu öffnen, und dann — dies durften sie zuversichtlich hoffen — Abhülfe zu erlangen.

Zu den Männern, welche das Schreiben unterzeichnet und den Bund geschlossen haben, gehören unter Anderen die Mitglieder noch jezt im Lande fortblühender Familien: Siegmund Julius von Oberg, Ernst von Steinberg, Burghard von Campe, Jacob von Gramm, Hans von Oldershausen, Bories von Münchhausen; dann Reinerus, Abt von Nidagshausen, Valentin und Petrus Moller, Domherren am Stifte St. Blasii, Cludius vom Stifte Cyriaci und die Bürgermeister der kleinen Städte, Hüpeden aus Münden, Blanke von Sandersheim und Gramer von Seesen. Kleinere Grundherren, obwohl sie sich Ritter nannten, obwohl sie gerade auf ihre Ritterrechte immer am eifersüchtigsten waren, hatten sich sehr weise und vorsichtig zurückgezogen, der so wichtigen Angelegenheit den Charakter einer gemeinsamen landschaftlichen Sache genommen und die Einzelnen, als solche, bloßgestellt.

Die Ehrenmänner suchten Gelegenheit, dem Herzoge ihre Schrift in Wolfenbüttel zu überreichen, um daselbst auch mündlich Vortrag zu machen. Sie wurden von dem Canzler von der Weihe aufgefordert, „doch masculine bei einander zu stehen, er wolle, wenn er irgend Gelegenheit fände, gern helfen“; allein es war nicht möglich, zu dem Fürsten zu gelangen, ohne auf die Landdrosten zu stoßen. Eine Deputa-

tion folgte dem Herzoge, der auf das Schloß Calenberg sich begeben hatte, nach, allein auch hier fanden sie die Männer, die jetzt aufgeregte und bei ihrem gefährlichen Spiele sehr geneigt waren, den Fürsten zu dem härtesten Verfahren anzureizen. Sie wandten sich endlich an die Herzogin Mutter, Elisabeth, Tochter Königs Friedrich II. von Dänemark, die ihren Wittwensitz in Schöningen hatte, und der auch das Schloß und Amt Hessen zum Witthum verschrieben war. In Schöningen legten sie ihr das Schreiben mit der Bitte vor, zu der Ueberreichung in einem günstigen Augenblicke förderlich sein zu wollen. Die edle Frau erwiderte, daß sie des Landes Noth kenne und längst bessere Zeiten wünsche, und daß sie Alles anbieten werde, um eine Aenderung zu bewirken. Mit Besonnenheit entwarf sie selbst den Plan. Sie bat durch einen Eilboten des Herzogs Oheim, Philipp Sigismund, Bischof von Osnabrück, schleunigst nach Wolfenbüttel zu kommen, um in der ihm bekannt gemachten Landesangelegenheit Hülfe zu leisten. Sie ersuchte den Bischof, über den Zweck seiner Reise dem Herzoge Nichts mitzutheilen, und lud nun diesen und den Bischof, der pünktlich sich angefundener hatte, nach dem Schlosse zu Hessen auf den 9. September 1622 ein. Beide folgten der Einladung; der Bischof vermochte aber nicht zu verhindern, daß auch die von Streithorst, die sorgsamten Begleiter des Herzogs, in der Gesellschaft waren. Der Tag der Ankunft verging, ohne daß der Zweck der Einladung verfolgt wurde; in der Nacht darauf hatte aber auch auf ausdrückliches Erfordern der Fürstin, ein Theil jener Ehrenmänner sich angefundener. Sie waren im Stillen in einem Zimmer des Schlosses untergebracht. Als am andern Morgen die Fürstin den Herzog und den Bischof um sich sah, überreichte sie dem erstern das Schreiben mit der ernstlichen mütterlichen Bitte, dasselbe ruhig zu lesen und den Inhalt als Fürst und Landesherr zu würdigen. Der Herzog las und ging während des Lesens mehrmals, sichtbar ergriffen, im Zimmer auf und nieder. Er befahl dem Statthalter von der Streithorst und dessen Bruder, die

auch gegenwärtig waren, in ein Nebenzimmer zu gehen. Die Herzogin machte nun auch mündlich eine Schilderung der Lage des Landes, erinnerte auf das Wärmste den Sohn an seine Regentenpflichten und überließ dann das Wort dem Bischofe. Er habe, sprach dieser, mit Kummer von dem Elende des Landes und dem Schimpfe, welcher seinem fürstlichen Hause durch einige Unwürdige, denen der Herzog unverdientes Vertrauen geschenkt habe, zugesügt sei, auch im Auslande gehört. Die Lage des Landes sei ganz die in dem Schreiben erzählte; Christen- und Fürstenpflicht fordere die schleunigste Abhülfe. Inzwischen öffnete die Fürstin eine Thür und es traten nun auch jene Ehrenmänner herzu. Sie versicherten die Wahrheit des Inhalts ihres Schreibens und setzten dafür ihr Leben und ihre Güter ein. Sie gaben mündlich Erläuterungen und wiederholten so auch ihre Bitte, die geradezu auf Untersuchung und, dem Befinden nach, Bestrafung des Statthalters und der Landdrosten gerichtet war. So wurde endlich das Dunkel durchbrochen, in welches der Fürst künstlich eingehüllt war. Er gab, nachdem er die einzelnen Punkte des Schreibens auch mit dem anwesenden Canzler von der Weihe erwogen hatte, Befehl, den Amtmann, bewaffnete Mannschaft, die Frohne knechte und Ketten herbei zu holen, er ließ den Statthalter vorsehren, fesseln und nebst dessen Bruder unter starker Bedeckung in das Krokodilen-Bollwerk nach Wolfenbüttel abführen, kehrte selbst schnell nach Wolfenbüttel in Begleitung der Herzogin wie des Bischofs zurück, ernannte Ernst von Steinberg zum Statthalter und stellte ihn als solchen schon folgenden Tages Deputationen der wolfenbüttelschen und calenbergischen Landschaft vor, den Männern, welche die Sache auf sich genommen hatten und in Wolfenbüttel anwesend waren. Zu allgemeiner Freude wurden nun die alten unterdrückten Behörden wieder in Thätigkeit gesetzt und die verderblichen Münz- und andere schädliche Anstalten aufgehoben *). Der Statthalter von der Streithorst

*) Die Erzählung ist aus den gleichzeitig aufgenommenen Protocollen und deren Anlagen gezogen.

starb am 17. September 1625 noch im Gefängnisse, der Landdrost von der Streithorst wurde nach langer Gefangenschaft auf Betreiben mächtiger Verwandten freigelassen, von den beiden übrigen Landdrosten war Wobersnow schon vor der Explosion verstorben, von Rethen aber hatte sich auf flüchtigen Fuß gesetzt.

So endigte diese tragische Geschichte, deren ich hier nur in der Kürze erwähnt habe, weil darin sich darlegt, was in wichtigen Fällen auf das Corpus der Landschaft, als ein solches, zu geben war. Wenn es galt, alte, dem Staate abgewonnene Vorrechte zu befestigen und neue zu gewinnen, so waren alle Mitglieder auf dem Platze, die Gefahren aber überließen sie den Einzelnen, den Männern, die durch ein tieferes Pflichtgefühl und in der festeren Stellung, die bedeutender Grundbesitz gewährt, wie bei dem dadurch bewirkten engeren Zusammenhange mit dem Staate, für schimpflich hielten, der Gefahr zur Unzeit auszuweichen.

Als 1614 Befreiung vom Hufenschake zu erlangen, 1615 eine neue vortheilhaftere Vereinbarung wegen der zum Landschake zu zahlenden Aversionalsummen zu treffen, und 1619 und 1623 Grundsätze zu sanctioniren waren, die weder den bestehenden Staatsverhältnissen, noch den vom Herzoge Heinrich Julius schon durchgefochtenen Satzungen gemäß waren, hatten auch Prälaten und Städte, wie die kleinen Ritter, Nichts weiter zu erinnern, und gern verdoppelten sie anderen Einwohnerklassen den Landschak zur Abführung der Landesschulden.

13.

Die Landwehrverfassung, welche Herzog Heinrich Julius, unter der Benennung „Militair-Ausschuß“ eingeführt und zu deren Ausführung er Waffen, Uniformen und sonstige Bedürfnisse angeschafft hatte, ließ der Nachfolger wieder in Verfall gerathen.

Die Ritterschaft, die sich, wenn es sich um Landesschulden und Steuern handelte, immer noch auf ihre Roßdienste bezog, und in Rücksicht darauf auch von Friedrich Ulrich sehr

bevorzugt war, sollte nun, als ein gefährlicher Krieg bevorstand, zum Kriegsdienste ernstlich wieder benutzt werden. Schon unter dem 25. Sept. 1616 erging ein Ausschreiben darüber, wie die Lehnleute bewaffnet sein und mit ihren Knechten zur Musterung gestellt werden sollten, und auch die Beschloßten (die Pfandinhaber herzoglicher Ämter) waren zugezogen *). 1617 wurde die Mannschaft zu dem Dienste, unter der Benennung des „Reuterdienstes“ zusammengezogen und auch Lehnleute aus den Städten wurden gefordert. Das Ganze war in Cornetts abgetheilt, und jedem Cornett stand ein Rittmeister vor, der 70 bis 109 Pferde unter sich hatte, eine Differenz, die dadurch veranlaßt wurde, daß Viele daheim blieben. Aus den zahlreichen Entschuldigungsschreiben ergiebt sich, daß viele Lehnleute das mittelalterliche Spiel, das bis zum Jahre 1622 dauerte, mißbilligten und gewiß gern ein anderes Abkommen, unter Ver-

*) Nach dem Ausschreiben sollen die zu Roß dienenden Lehnleute zur Musterung auf dem Hause Liebenburg sich stellen, und zwar mit vollem Küras, starken reißigen Pferden, so einen Küras tragen können, zwei Pistolen und guten, tüchtigen Knechten, wie sie bei der Reiterei herkömmlich sind und ihre Pferde zu reiten wissen. Nach dem Ausschr. v. 20. Juli 1617 sollen die Lehnleute und Beschloßten zu der Musterung, auch zu Schimpf und Ernst sich stellen mit vollem Küras und Waffen, sowohl mit Brassaden und Armpipen, als mit Beinsperen, die Armpipen bis auf die Hände mit einem linken Blechhandschuh und mit Beinschienen, die unter die Kniee reichen, auch mit zwei Pistolen.

Es wurden 1617 ferner zum Roßdienst aufgefördert die Grafen von Oldenburg wegen des Stadt- und wegen des dritten Theils vom Budjadinger Lande, auch wegen des Hauses Harpstedt mit 6 Pferden, — die Grafen von Mansfeld wegen vier von Braunschweig zu Lehn gehender Dörfer, — die Grafen von Schaumburg, — die Grafen von Stollberg wegen des Hauses Hohnstein, — die Grafen von Spiegelberg wegen ihrer Grafschaft.

Diese Herren fanden sich persönlich nicht an, die übrige Lehnsmannschaft wurde ohne Rücksicht auf Stand und Würden zusammengestellt, und auch die Bürger, welche Lehen hatten, traten in die Reihen, so wie die Beamten mit 2 Pferden, die Oberförster mit 2 Pferden, die Förster mit 1 Pferde, die Amtsschreiber mit 1 Pferde.

zichtleistung auf die mit solchen veralteten Diensten verbundenen Vorrechte, getroffen hätten, allein dahin war die größere Zahl nicht zu bringen, eben weil die Ritterschaft so viele unbedeutende, nur mir Acker- und Halbspännerhöfen ausgestattete Mitglieder unter sich zählte, die auch eine Ehre darin suchten, nicht, wie der Nachbar, Steuern zahlen zu müssen. Zu dem Cornett, welches unter dem Rittmeister von Alten zu Holzminde stand, sollten sich auch die Grafen zu Spiegelberg mit 12 Pferden, die Grafen von Oldenburg mit 6 Pferden, dann zu anderen Cornetts die Grafen zu Schauenburg, zu Pyrmont, zu Mansfeld, die alle Lehnsleute des Herzogs waren, stellen; sie blieben aber aus, denn sie waren meistens selbst als Reichsunmittelbare längst anerkannt, deren Besitzungen seit der neuen Reichsverfassung in andere Verhältnisse übergegangen, wenigstens zu den Reichslasten unmittelbar mit angezogen waren. Der ganzen Armada erging es, wie dem General Rau mit seinem Türkencorps im siebenjährigen Kriege, dessen Leben und Thaten ein dickes Werk, mit in Kupfer gestochenem Titel, ankündigte, das jedoch übrigens nur weißes Papier enthielt.

Nachdem dem bösen Regimente der Landdrosten (1622) ein Ende gemacht war, erging unter dem 23. Febr. 1624 die Verordnung, daß unverzüglich der alte Ausschuß (die Landwehr Herzogs Heinrich Julius) wieder geordnet und eine beständige Defensionsverfassung begründet werden solle; doch es erstreckte sich der verheerende Krieg schon über den Norden Deutschlands; der Herzog entfloh und bestellte seinen Bruder, den Herzog Christian (1626), zum Gouverneur seiner Lande. Es trat ein Zeitpunkt ein, in welchem die Landschaft in das äußerste Gedränge kam. Herzog Christian berief die Landstände und forderte die schleunigste Hülfe an Mannschaft und Steuern, ließ auch danach eine Reihe von Verordnungen ergehen, nach welchen die Einzahlungen beschleunigt werden mußten und die zur Contribution zu zahlenden Sätze bestimmt, auch die veralteten Privilegien wenig geachtet wurden (im März 1626). Einzelne Prälaten

und Ritter ersuchten den Herzog daher, schleunig ins Land zurückzukehren und dasselbe von den Anforderungen Herzogs Christian zu befreien (17. Apr.). Der Kaiser ließ sich von der Ritterschaft den Revers ausstellen, daß sie ihrer Privilegien, Beneficien, Güter und Habseligkeiten verlustig sein wollten, wenn sie die Lande nicht von den dänischen Garnisonen befreien würden (30. Aug. 1626), und der König von Dänemark schrieb den Ständen: „Es sei das Unglück so groß geworden, weil sie den schuldigen Roßdienst verweigert hätten (!). Man müsse sich kategorisch für eine Partei erklären, die Stände wären, wie auf einem theatro der Comödie, oder vielmehr der Tragödie, zuzusehen geneigt, wie die Sachen hinaus schlagen wollen, und alsdann erst, da es wohl abginge, cum applausu herbeizukommen und sich, wie es getreuen Patrioten und Unterthanen gebühren möchte, bezeigen zu wollen.“

Die Schlacht bei Lutter am Barenberge und der Tod Herzogs Christian halfen zwar für dasmal aus der Klemme, der König fällte aber ein ganz richtiges Urtheil über das damalige Ständewesen, dessen mangelhafte Form kräftigen heilsamen Beschlüssen immer entgegenstand, und dem Besonnenen nicht Raum ließ, seine wohl begründete Meinung geltend zu machen.

Unter tausend Drangsalen verstrich die Regierungszeit Herzogs Friedrich Ulrich. Die Landwehr konnte sich unter ihm nicht wieder entwickeln, und noch 1633 berief der Fürst wiederum die Roßdienstleute in 10 Compagnien und mit 552 Pferden; Officiere selbst aber fanden das Ganze unbrauchbar.

14.

Dem Herzoge, der 1634 starb, folgte der hochgebildete staatskluge Herzog August, jedoch nur in dem Fürstenthume Wolfenbüttel, wie dasselbe in dem Theilungsvertrage (1635) bezeichnet ist.

Die Verhältnisse waren schrecklich, in welchen August,

dieser mit allen Eigenschaften eines großen Regenten ausgerüstete Fürst, das Land traf. Seine erste Sorge war, über den Zustand die genaueste Kunde zu erlangen, um, wo es seine Kräfte irgend gestatten würden, zu helfen. In den amtlichen Berichten hieß es: daß in der Oberbörde des Amtes Wickensen 55 Höfe, in der Unterbörde 46 Höfe ganz verwüstet und nicht mehr vorhanden wären, daß übrigens in jenem Theile 303 Höfe, in diesem 262 Höfe noch ihre Besitzer hätten, die jedoch aller Mittel zum Unterhalte und zur Bebauung ihrer Grundstücke beraubt wären. Seesen sei zur Hälfte eingeäschert, in Holzminden wären 50 Häuser von den Feinden niedergebrannt, Kirchen und Schulen wären spoliirt und Orgel wie Glocken muthwillig zerbrochen; in Gandersheim wäre kaum der vierte Theil der Bürger noch vorhanden, in Helmstedt wären 295 Häuser verwüstet und verlassen und nur noch 222 Häuser bewohnt. In ähnlicher Weise lauteten die Nachrichten aus anderen Theilen des Landes, und dabei war die Residenzstadt noch in feindlicher Gewalt. Als der Herzog endlich daselbst seine Hofstatt wieder einrichten wollte, fehlte es an allen Bedürfnissen, und selbst das nöthige Holz konnte aus einer meilenweiten Umgegend — wie aus dem Berichte der zur Untersuchung der Forsten abgesandten Commission hervorgeht — nicht herbeigeschafft werden, da z. B. in den Sterburger Forsten überall kein Baum, an der Afse nur noch wenige Eichen und im Lechelnholze eben so wenig Bäume zu finden waren.

Dabei wüthete der Krieg fort, der Herzog aber hatte das feste Vertrauen zu den Ständen, daß sie in dieser Noth kleinliche Rücksichten bei Seite setzen und ernstlich helfen würden. Deshalb bereitete er, wie Herzog Heinrich Julius und auch dessen Vorgänger gleichfalls gethan hatten, das, was auf den Landtagen verhandelt werden sollte, mit einzelnen Mitgliedern der Landschaft vor. So wurden die in den Monaten Mai, Juni und Octbr. 1639 auf den Landtagen zur Verhandlung gebrachten Gegenstände vorher sorg-

wort: die Defensionsverfassung bestehe noch fort, obwohl wünschenswerth sei, daß sowohl das gesammte Land, als die Ritterschaft, von der Last befreiet werden könne.

Um sich ein recht klares Bild von den Drangsalen zu verschaffen, in welche der Fürst und das Land in jenen ohnehin schon bedrängten Zeiten durch die verfehlte Stellung der Landschaft gerieth, und sich zu überzeugen, in welche unerhörte Verwirrung das Steuerwesen gerade in einer Zeit versetzt wurde, in der ein gerechtes Steuersystem vorzugsweise dringendes Bedürfniß war, wie nun zu allem Ueberfluß die Stände sich wechselseitig zankten und darüber Gemeinsames nicht gefördert werden konnte, muß man die auf landschaftliche Verhältnisse dieser Zeit sich beziehenden Acten zur Hand nehmen. Es war das eifrigste Bestreben des Herzogs und seines Kanzlers Schwarzkoppen, eine durch die gewaltsamsten, unvermeidlichsten Zeitverhältnisse erforderlich gemachte Ausgleichung in gerechter Weise zu Stande zu bringen. Es wurde in ermüdenden Conferenzen mit der Gesammtheit der Stände, mit einzelnen Standesklassen, mit den Ausschüssen und mit den einzelnen einsichtsvolleren Mitgliedern derselben unterhandelt; allein — wie oft man letztere auch zum Frieden geneigt fand — die Gesammtheit der Ritterschaft verwarf Alles. Sie wollte keinen Plan fördern, ohne vorher versichert zu sein, daß die Last sie nicht treffen werde, und dabei liefen täglich Berichte und Klagen ein über das Elend in den kleinen Städten und auf dem Lande.

Der Herzog hatte fünf Jahre lang die Contribution von allen Ständen, aber bei dem Mangel an Bereitwilligkeit der Ritterschaft zur Feststellung einer geregelten Repartition, nach oft veränderten Grundsätzen einziehen lassen. Den Gutsherren fiel dabei insofern eine schwere Last zu, als sie bei der großen Zahl wüster Höfe jährlich Bedeutesendes an ihren Gefällen einbüßten und andere aus dem Lehnverbande entspringende Leistungen und Abgaben bei der Unbereitwilligkeit zu einer Ausgleichung, gleichfalls forterhoben

wurden. Es überreichten deshalb (13. Juli 1650) der Landcomthur von Luckum und die Herren v. Cramm und v. Steinberg ein jene Verhältnisse in bescheidener Weise hervorhebendes Schreiben. Es war darin zwar auf die Privilegien Bezug genommen, jedoch wurde der Herzog ersucht, solche Mittel an die Hand zu nehmen, wodurch der Ritterschaft wie des Landes Wohlfahrt gleichmäßig gefördert werde.

Der Herzog, obwohl wegen der nach allen Seiten hin bewilligten Befristungen und Erlasse, fortwährend in drückender Geldnoth, gestand (17. Juli 1650) einstweiligen Nachlaß mit der Bemerkung zu, daß er sich vorbehalte, in Nothfällen die Ritterschaft wieder in Anspruch zu nehmen, und schon im Jahre 1654 mußte, nach Kreisbeschlusse, wieder gerüstet und abermals auch auf die Ritterschaft Contribution ausgeschrieben werden. Nun wechselten Beschwerden derselben, gestützt auf Herzog Friedrich Ulrich's Reversalen vom 28. März 1623 und auf den Landtags-Abschied vom 17. Nov. 1623, mit Beschwerden der Prälaten und der Städte über Bevorzugung der Ritterschaft ab. Die Städte und Prälaten drangen auf eine gründliche Steuerausgleichung und Regulirung der Contribution und führten an, daß, wenn es auf altes Herkommen und Privilegien ankomme, man auch die ihrigen berücksichtigen möge. Der Herzog bemerkte am Rande:

daß wollen Wir landesväterlich gern thun, insonderheit zusehen, wie die von beiden Seiten her allegirten Immunitäten conciliirt werden mögen, da Wir diese Exemption des Mittelstandes *) — der Ritterschaft — für die höchste Unbilligkeit rechnen und halten.

Es erging nun, um die so nothwendige Ausgleichung zu erwirken, unter dem 19. Aug. 1655 eine Ladung der Stände

*) Es wurde die Bezeichnung der Ritterschaft als Mittelstand — zwischen Prälaten und Städten — zu den Privilegien gerechnet (vgl. Privill. 1770, Art. 54).

auf den 2. October, und bei dieser sehr geräumigen Frist gingen doch Beschwerden mehrerer Ritter (20. Sept.) ein, wonach sie wegen zu kurz gesetzter Frist nicht erscheinen zu können behaupteten. Der Herzog kannte die Absichten dieser Einzelnen und ließ am Rande der Schrift bemerken:

die Zeit sei nicht zu kurz gewesen, wenn man nur Lust zum Handeln hätte. Wenn sie wider Uns Gravamina colligiren, so können sie in wenigen Tagen zusammenlaufen —

Am Schlusse bemerkte er, da die Eingabe von größeren Grundbesitzern nicht mit unterschrieben war, eigenhändig:

„diese lucifugae seynd ihres Namens nicht bekannt, ist gleichwohl ein Gutes daraus zu entnehmen, daß sie es nicht alle unterschrieben, sondern nur etliche, welche den Catilinam im Busen führen und alimentiren.“

Der Herzog verschob die Versammlung bis zum 8. October. Er hatte eine gründliche Erörterung der Verhältnisse, nach welchen die Steuerausgleichung geschehen sollte, vorbereitet. Er sandte zu der Verhandlung auf der Fürstl. Rathsstube seinen Canzler Schwarzkoppen und 5 Räte; von den Ständen aber erschienen nur 5 Prälaten, 6 Ritter und dann Magistratspersonen der Städte: Helmstedt, Gandersheim, Seesen, Schöningen, Königsutter, Holzminden, Schöppensiedt und Stadtdendorff.

Die Verhandlung, welche für das Land eine der einflußreichsten des Jahrhunderts werden konnte und mußte, ging vor sich, allein schon das Zurückbleiben so vieler Rittergutsbesitzer ließ einen schlechten Ausgang fürchten. Die wenigen Mitglieder konnten und mußten sich auf ihre geringe Zahl und den Mangel an Bollmacht beziehen, auch trat, ehe noch der Canzler die Einleitung gemacht hatte, der Decan des Stifts St. Blasii mit dem Vorworte hervor: Wenn des Landes Nothdurft eine Collecte erfordere, so sei auch die Ritterschaft dazu mit beizutragen schuldig: a) wegen des Herkommens, welches durch die alten Anlagen und Contributionsrechnungen bewiesen werde: b) weil

es den Landtagsabschieden und c) den gemeinen Rechten gemäß sei.

Der Kanzler war dann bemüht, in umfassenderem Vortrage die drei Stände zusammen und dann jeden derselben abgesondert zur Feststellung eines bestimmten Fußes der Repartition zu bewegen. Es waren für die Miliz monatlich 6100 Thlr. erforderlich. Dazu waren die Beiträge berechnet;

Des Blankenburgischen auf	200 Thlr.
Der Stadt Braunschweig	„	300 „
Der übrigen Städte	„	1008 „
Der Bauern	„	3500 „
Der Stifter und Klöster	„	600 „
Der Ritterschaft	„	492 „
		<hr/>
		6100 „

Es wurde Nachweisung gegeben, mit welcher Rücksicht die Ritterschaft bei einem solchen Anschläge behandelt sei. Dabei kam vor, daß die Bauern nach dem für sie gemachten Anschläge den vierzehnfachen Römerzug zu zahlen hätten, und die Städte erklärten, daß sie in des Vaterlandes Noth gern das Ihrige leisten wollten, wenn auch andere Stände dies thäten. Auf die Erklärung der Prälaten, die schon nicht mehr zu den Grundherren gehörten, kam wenig an. Sie wollten auch nur nicht mehr thun, als die Ritterschaft; diese aber erklärte sich zu Nichts.

Das Truppendeichs bestand damals aus einem Regimente Infanterie zu 8 Compagnien, das auf 4 Comp. und 3 Escadrons Cavallerie, die auf eine beschränkt werden sollten. Der Kanzler erstattete seinem Herrn ausführlich Bericht von dem Ausfalle der Verhandlung, zu welchem der Herzog die Bemerkungen machte:

Also sollen die Bauern die Edelleute übertragen, die doch unter ihrer eigenen Last unter sinken wollen. Auf solche Art würden sie ihren Scopum dahin sie längst collimiret erlangen. — Ihr werdet der Sache in dem Uebrigen zu

thun wissen, und auf das Ite sprechen: in brevi redite.

So kam Nichts zu Stande, und da dennoch der Staatshaushalt fortgeführt werden mußte, so überließ man lieber der Willkür, was durch ständische Beschlüsse grundgesetzlich geordnet werden mußte, als daß man die einseitigen Präensionen aufgab, oder nur auf die mäßigste Zahlung sich einließ.

Der Herzog hatte schon 1654 statt des Natural-Rosßdienstes Geld zur Werbung von Reitern, und zwar den dreiundzwanzigfachen Römerzug gefordert. Den auswärtigen Lohnleuten wurde aufgegeben, für jedes zu stellende Pferd 15 Thlr. zu zahlen oder Pferd und Knecht mit Waffen selbst zu stellen; auch erfolgten die Beiträge, obwohl sehr lässig; doch führte auch diese Anforderung nicht zu einer Ausgleichung wegen der so unregelmäßig vertheilten Militärlasten, nicht zu einer verbesserten Ordnung, auf die der Herzog bei der Anforderung gerechnet zu haben scheint.

Die Beamten hatten ihre Gebungen auch auf die seit dem Kriege noch im Elende schmachtenden Prediger erstreckt, da jedes Mittel, den Bedarf herbei zu schaffen, versucht wurde. Sie sandten Gebete statt Geldes ein und der Herzog entband sie sofort unter der Hinzufügung: „Gott wird ohne sie doch wohl Mittel schaffen.“

Im Jahre 1657, in welchem der Bau der Festung Wolfenbüttel wieder aufgenommen und auch eine Vermehrung des Militärs für nothwendig erachtet worden, kam es zu neuen Verhandlungen; nur 18 von der Ritterschaft hatten sich dazu angefunden und sie handelten endlich auf eine Aversionalsumme zu 2500 Thlr.; gleich darauf erklärten aber Andere, die nicht erschienen waren, das Anerbieten für nichtig. Sie wollten die Summe zwar erlegen, aber als ein „subsidiu m charitativum“. Sie bezogen sich dabei auf die unter Herzog Friedrich Ulrich erlangten Privilegia, namentlich den Revers vom Jahre 1623, was den Herzog zu der schriftlich hinzugefügten Bemerkung veranlaßte:

„Warum wird denn der nicht gedacht, die vor Herzogs Friedrich Ulrich Zeiten regiert haben, sondern nur dieses Jaherrn, welchen sie als eine Sackpfeife haben stellen können, wie sie gewollt haben?“

Es wurde nun noch wiederholt auch von der Ritterschaft eine Vergleichssumme zu den Militärlasten gezahlt, der Herzog aber setzte gegen das Ende seines Lebens die Bemühungen, eine gleichmäßige gerechte Vertheilung der Staatslasten zu bewirken, nicht fort. Dieser wichtige Zweig der Staatsverwaltung blieb in äußerster Unordnung, die nur dadurch weniger fühlbar wurde, daß der Fürst überhaupt in seinen Anforderungen mäßig war und gern half, wo die Noth es erforderte. Mit seinem 1666 erfolgten Tode konnte die Ritterschaft die unter Herzog Friedrich Ulrich reversirte Befreiung von der Contribution und von anderen Lasten für durchgeführt ansehen.

15.

Dem Herzoge August folgte Herzog Rudolf August, der 1685 seinen Bruder Anton Ulrich zum Mitregenten annahm und 1704 starb, wonach denn der zuletzt erwähnte Herzog bis zu seinem 1714 erfolgten Ableben allein regierte.

Die Landschaft hatte, durch die dauernde Geldnoth begünstigt, und bei dem unausgesetzten Bestreben jedes einzelnen Standes, von Gaben und Leistungen für den Staat sich, so weit thunlich, frei zu erhalten, alle damit im Zusammenhange stehenden, die Wiederbegründung einer geregelten Vertretung des Landes und aller seiner Bewohner begünstigenden Rechte gewahrt. Sie waren einer solchen Landschaft zwar nur zur Durchführung eigennütziger Zwecke dienlich gewesen, jedoch standen als landschaftliche Rechte — nicht Privilegien — fest:

„Daß ohne Einwilligung der Landschaft keine neue Steuern und Abgaben gehoben werden durften, mit Ausnahme der Reichs und Kreissteuern,

daß die Art und Weise, wie neue Steuern veranlagt,

bestehende aber ergänzt und verbessert werden sollten, nur in Gemeinschaft mit der Landschaft festgestellt werden konnte, und die verwilligten Steuern durch landschaftliche Diener, von welchen die Schatzkassennehmer zuerst 1617 vorkommen, zu erheben und zu berechnen waren, unter dem Vorbehalte, dem Landesherrn Rechnung abzulegen und die verabschiedete Verwendung nachzuweisen,

daß die Zuziehung der Landschaft erforderlich war, wenn neue allgemeine Landesgesetze berathen und erlassen und alte Gesetze der Art geändert werden sollten,

daß die Mitglieder der Landschaft zur Berathung der in ihren Wirkungskreis gehörenden Angelegenheiten sich ohne Weiteres versammeln durften, und

daß die in den Ausschüssen und dem Schatzcollegio eröffneten Stellen von der Landschaft unter dem Vorbehalte des dem Landesherrn gegen die vorgeschlagenen Individuen zustehenden Einspruchs, wieder besetzt werden konnten; endlich

daß ohne ihre Zustimmung Veräußerungen von Landes- theilen und Domänen nicht geschehen sollten und

die Landschaft ein eigenes Siegel führen durfte, die Schatzräthe auch zum Besten des Landes Anleihen machen und Verschreibungen darüber ausstellen konnten.

Dabei war ein engerer und ein weiterer Ausschuss geordnet, wenig aber nützten alle diese zum Theil, wie die eigene Cassenverwaltung, über die Grenzen einer Landesvertretung hinausgeführten Rechte; denn dadurch, daß sich namentlich die Ritterschaft den Landeslasten fast ganz entzog, hatten die Stände die Eigenschaft eines das Land vertretenden Organs und das Vertrauen verloren. Einer der wichtigsten Gegenstände landständischer Wirksamkeit waren für die Gesamtheit der Landesbewohner die Steuern, die Ritterschaft aber hatte sich in Beziehung darauf aus der Mitleidenschaft gezogen. Es kümmerte sie wenig, was Andern widerfuhr und die Folgen davon traten fortwährend mehr hervor.

Die Regulirung der bedeutendsten Abgabe, der Contribution, konnte nun zwar leicht durchgeführt werden, diese jetzt sehr verkümmerte Wohlthat hätte man aber schon ein hundert Jahre früher genießen können, wenn die Fürsten geneigt gewesen wären, sie auf Kosten des größten Theils ihrer Unterthanen und zum Vortheile Einzelner zu erkaufen.

Aus dem Gesichtspunkte einer angemessenen Landesvertretung können nur Befugnisse für den Staat, nicht Privilegien gegen denselben, Gegenstand der Landesverträge und Grundgesetze sein; man fasse aber die Zusammenstellung der Privilegien vom Jahre 1710 in's Auge und beachte, was die Stände, namentlich die Ritterschaft sich nach und nach dem Staate gegenüber ausbedungen hatten. Man verfolge dann weiter, was auf Cassen, zu welchen man Nichts zu zahlen hatte, angewiesen, und mit welcher Leichtigkeit die Interessen derer behandelt wurden, welche die Bewilligungen trafen.

Es stand jetzt das siècle de Louis XIV. in höchster Blüthe. Die widrige Zeit der Mongenperrücken, der Unnatur, war eingetreten. Daß: *l'état c'est moi* — von dessen Sinn und Folgen später Unschuldige so schwer getroffen wurden — eigneten sich viele auch noch so kleine Gutsherren für ihr Besizthum, noch so unbedeutende Diener für ihren Reichthum an. Nannten sich doch die Prälaten selbst in Grundgesetzen „sonderbare Säulen und Stützen dieses Fürstenthums,“ während es auch Säulen dieser Art gab, die dem Pfeifen der Straßenjungen sich nicht zu entziehen wußten. Machte doch die Ritterschaft zur grundgesetzlichen Bestimmung, daß sie „Patrioten“ genannt sein wollten. Wohl gab es unter diesen, wie nachgewiesen worden, wahrhafte Patrioten; was konnten sie aber gegen das Anhängsel der vielen kleinen „Patrioten“ ausrichten, die immer und immer wieder, nur Patrioten für ihre Saengerichte waren!

Der offenen Landtage wurden nun immer weniger. Der größeren Zahl der Ständemitglieder war es sehr gleichgültig, was in Beziehung auf das Land verhandelt wurde, da

sie bei dem Handel kein persönliches Interesse hatte und die Fürsten, mit den früheren Vorgängen bekannt, verkehrten lieber mit den ständischen Ausschüssen oder mit Einzelnen aus der Ritterschaft, die denn auch ganz verfassungswidrig, im kurzen Wege für das Land hochwichtige Angelegenheiten abmachten.

Der gutmüthige Herzog Rudolf August, bekannt mit den Unordnungen und drückenden Ungleichheiten im Steuerwesen, erließ bald nach seinem Regierungsantritte den vierten Theil der Contribution *). Er nahm sofort darauf Bedacht, wie die drückende Steuer auf die, welchen sie nun zur Last fiel, gleichmäßiger vertheilt und wie bewirkt werden könne, daß die Exemptionen nicht noch weiter ausgedehnt würden, da die Huldigung bevor stand und dieselbe an die Bestätigung der Privilegien (die auch am 28. Oct. 1668 erfolgte) geknüpft wurde. Die Ritterschaft hatte, so lange sie ihrer Exemption nicht sicher war, Aversionalsummen gezahlt, dabei hielt der Herzog sie einstweilen auch fest. Sie hatte abwechselnd 1500 und 2500 Thlr. zur Contribution beigetragen, 1671 zahlte sie ein Subsidium von 3000 Thlr., wogegen sie aber Revers erhielt. Es wurden solche Summen einstweilen zur Beseitigung mancher Ungleichheiten benutzt, auch entwarf man, bis zu einer endlichen gründlichen Ordnung der Angelegenheit, vorläufige verbesserte Repartitionen, wonach z. B. die Prälaten und Städte den 65fachen Römerzug entrichteten (1679), auch die Schriftfassen einen Viehschatz zu zahlen hatten; endlich erfolgte aber die neue Classification und der, in Gemäßheit der Instruction vom 28. Septbr. 1677 entworfene Fuß der Contribution vom Jahre 1683. Es wurden eine Commission zur Revision der danach gelieferten Arbeiten mit einer ausführlichen Instruction (3. Sept. 1696) versehen, und bald darauf (7. Mai 1697) waren die Arbeiten in soweit für vollendet erklärt,

*) Ausschreiben 31. Sept. 1667.

daß die neue Contributionsbeschreibung in Anwendung gebracht werden konnte.

Da die Fürsten an den Kriegen dieser Zeit thätigen Antheil nahmen, so mußte für vermehrte Geldmittel gesorgt werden. Herzogliche Truppen fochten 1674 und 1675 mit gegen Frankreich, 1675 gegen die Schweden im Bremischen und Pommern, 1683 mit den Kaiserlichen in Ungarn — auch in Morea, 1689 gegen Frankreich am Rhein, und aufs neue wurde gerüstet als ernstliche Uneinigkeiten zwischen den fürstlichen Häusern selbst ausbrachen, die jedoch 1702 gedämpft wurden.

Das Militairwesen wurde sehr ins Große getrieben, 1688, als Herzog Anton Ulrich schon Mitregent geworden war, hatte man an Infanterie:

die Leibgarde zu Braunschweig	320 Mann
„ „ zu Wolfenbüttel	110 „
das Regiment des Grafen Lippe 6 Compagnien	660 „
das Reg. des Brigadier Schmideberg . .	660 „
„ „ des Obristen von Hollen. . .	660 „
„ „ des Obristen von Bernstorff . .	660 „
ein neues Regiment.	660 „
Landmiliz	340 „

Die Cavallerie bestand aus 6 Compagnien, welche im Jahr 1688 noch durch 259 Pferden verstärkt wurden.

Der monatliche Aufwand für diese Truppen war berechnet zu 9180 Thlr. 20 Ggr., unter welcher Summe jedoch nicht begriffen waren die jetzt erst hinzugeworbenen 259 Mann Cavallerie und 684 Mann Infanterie; auch wurde bemerkt, daß den Regimentern, welche ins Feld rücken mußten, jedem monatlich 1500 Thlr. zuzulegen wären.

Ueber die Militärangelegenheiten und den dadurch veranlaßten ungeheuern Aufwand wurde der Regel nach nur mit Einzelnen aus der Landschaft, mit Einzelnen von der Ritterschaft oder mit Ausschußmitgliedern in der Kürze verhandelt; nur als man mit dem Haushalte soweit gekommen

war, daß 1682 die Summe von 8 Tonnen Goldes bewilligt werden mußte, gestand die gesammte Landschaft (nach dem Landtagsabschluß vom 10. Oct. 1682) die Forderung zu. Sie wurde auf die landschaftliche Cassé übernommen, in welche die Schatzungen flossen *); welche Befreiungen in Beziehung darauf aber die Stände längst erlangt hatten, ist oben schon bemerkt. In dem Landt. Abschiede ist die Hauptsache, in Beziehung auf welche ein Nebenrecess errichtet worden, nur beiläufig angedeutet, dann folgen aber alle die Zusicherungen und Begünstigungen, welche man sich für die leichte Mühe im eigenen Nutzen ausbedungen hatte **). Dazu wurden die Abgaben fortwährend erhöht und neue

*) 1681 flossen in die Landrentereicasse: Schaffschaz, Hufenschaz, Stifts- und Klosterschaz, Stadtschaz, Landschaz, Brau- und Malzaccise, Accise vom Wein und fremden Bier in Städten und Flecken, Accise aus den Vorstädten und Rathskellern in und vor Wolfenbüttel, Krug- und Dorfacise aus den Aemtern und Gerichten, Zehnt- und Scheffelschaz, Mühlenschaz.

**) Es ist für unser Thema wichtig, auch zu verfolgen, was außerdem geschah:

1677 28. Spt. wurde eine außerordentliche Contribution ausgeschrieben, und eine Viehsteuer (1 Pferd 1 Thlr., eine Kuh 18 Mgr. u.).

1678 wurde eine Kopfsteuer und eine Proviantanlage bewilligt,

1680 eine außerordentliche Biersteuer eingezogen,

1681 erfolgte ein Aufszug auf das Proviantgeld,

1682 erhöhte man die Contribution auf 4 Monate um ein Drittel, zugleich wurde wegen Fortsetzung aller außerordentlichen Anlagen und wegen einer Kopfsteuer verhandelt.

1683 wurde eine außerordentliche Contribution ausgeschrieben.

1684 forderte man auch eine Steuer von den Kühen, die nicht auf die Weide gingen, und die Fortsetzung aller außerordentlichen Steuern wurde genehmigt.

1688 wurde die Contribution um ein Viertel erhöht und auf alle Unterthanen, mit Ausnahme der Ritterschaft, eine Viehsteuer bewilligt.

1690 fernere Bewilligung der erhöhten Contribution, wobei wegen der Einquartierung und des der Reiterei zu verabreichenden Services Zugeständniß gemacht worden,

1690 Zugeständniß, daß Zinsen auf 30000 Thlr. Capital vom Lande

erfunden, von welchen die Ritterschaft, die, wenn sie auch einmal einige Tausend Thaler gegen bündige Reverse zuschoß, übrigens ganz befreiet blieb.

16.

Während solchen Nothstandes wurde das Anerbieten dankbar angenommen, eine Ritterakademie (1687) zu errichten, die auf Kosten der Landes- — d. h. nicht von der Ritterschaft mit zu füllenden — Casse wenigsten großen Theils unterhalten werden sollte *), wurden den Landständen für Reisen und Beehrung behuf solcher Bewilligung Diäten, aus den Schatzungen zahlbar, zugesagt (1685), wurde freundlich vermittelt, daß neue Rittergüter errichtet und von den Landeslasten befreit werden konnten (1687).

Mit Deputirten der Landschaft vereinbarte man ferner die Uebernahme einer Summe von 500,000 Thln. auf die landschaftliche Casse, und zu dieser wurde dagegen auch das Einkommen von einer, im Jahre 1682 bewilligten Biersteuer eingezogen (Rev. 24. Juli 1695); der aus dem Lande ein-

übertragen und das Capital auch von demselben wieder gezahlt werden solle.

1691 Erhöhung der Biersteuer.

1695 wurden 500,000 Thlr. auf die landschaftliche Casse übernommen.

1696 mußten 2½ Simpla der Contribution behuf Vegations- und Fortificationskosten aufgebracht werden.

*) Die Akademie war zu Wolfenbüttel 1687 schon eingerichtet, als der Hefrath Germer an die zu Braunschweig versammelten Stände gesandt wurde, um desfalls Vortrag zu machen, Nachweisung zu geben, daß der Adel in neueren Sprachen (das Französische herrschte damals vor) und in ritterlichen Künsten geübt werden müsse, und zu der Unterhaltung des neuen Instituts 4000 Thlr. jährlich aus der Landrentereicasse zu fordern. Bald darauf (15. Sept. 1687) bemerkte man den Ständen, daß jährlich 7000 Thlr. erforderlich seien, von dieser Summe wären 4000 Thlr. auf Walfenried gelegt, 3000 Thlr. möge man auf die Biersteuercasse übernehmen, worüber auch der Resceß vom 3. Febr. 1688 errichtet ist.

Die Akademie kostete übrigens von Johannis 1687 bis dahin 1688 42,195 Thlr.

gegangenen Beschwerde: daß Naturaldienste und Dienstgel-
der eigenmächtig erhöht wurden, nahmen sich diese Depu-
tirte nicht ernstlich an. Es zeigte sich ferner die alte, nun
veraltete Gerichtsverfassung, nach welcher die Pächter der
Ämter und Güter Einfluß auch auf die Rechtspflege hat-
ten und zum Theil auch Richter waren, in ihren drückenden
Mängeln *). Des Herzogs Rudolf August einseitige und
von ihm selbst verfaßte Resolutionen ergeben, wie sehr er
geneigt war, zu helfen, allein die, welche zu berichten hatten,
waren bei den Unordnungen theilhaftig.

Als das 37,567 Thlr. betragende Proviandgeld (1698)
nach dem Fuße der Contribution gehoben wurde, sorgte man
nur dafür, daß, da die Aenderung ohne Zustimmung der
Landschaft vorgenommen war, ein Revers ertheilt wurde,
wonach durch solche den Grundgesetzen entgegenlaufende
Verfügungen den Privilegien der Stände kein Eintrag
geschehen möchte; übrigens war der Fuß der Contribution für die
Ritterschaft der bequemste, da sie zu dieser Steuer nicht mehr
beitrug. Im J. 1699 war die Kriegscasse schon wieder 211,557
Thlr., die dem größten Theile nach mit 6 Procent verzinsset
werden mußten, schuldig, und aus Vorträgen landschaftlicher
Deputirter geht hervor, daß selbst 8 Procent gezahlt wur-
den; dabei aber konnte die Contribution kaum noch mit al-
len Zwangsmitteln erlangt werden. 1699 betrugen die Rück-
stände 13,096 Thlr., dabei waren 6 Regimenter Infanterie
und Dragoner im Dienste, welche letzteren wieder beritten
gemacht werden sollten. Der Aufwand dafür und die Ko-
sten der Mobilmachung des Corps waren auf 97,006 Thlr.
13 Ggr. berechnet; es wurde desfalls wegen einer neuen
Kopfststeuer unterhandelt.

Noch konnte den Deputirten der Landschaft, mit welchen
solche Angelegenheiten fortwährend betrieben wurden, wenn

*) Nach solchen Beschwerden forderte z. B. der Beamte zu Wickenfen,
wider Herkommen, lange Reisefuhren nach Hameln und Münden, um
Sollinger Steine zu verschaffen, neben den zu zahlenden Dienstgeldern.

sie ernstlich des Landes Noth hemmen wollten, Herzog Rudolf August eine Stütze sein, dessen wohlwollende Gefinnungen überall hervorleuchten; es wurden aber nur dickeleibige gravamina aufgestellt, ohne daß es in der Hauptsache weiter gekommen wäre. Wenn allerdings manche edle Männer zu alle dem den Kopf schüttelten und gern von solchen Verhandlungen sich zurückzogen, so wurden doch die Andern durch freundliche Concessionen, z. B. (22. November 1702) daß, wenn das Stift Steterburg die vacanten Stellen im Stifte zu besetzen habe, von demselben keine andere Person, als solche, welche von einem oder andern im Fürstenthume Wolfenbüttel wirklich gegessenen adlichen Landstande ehelich erzeugt sei, gewählt werden solle — wieder erheitert. Man bewilligte dann gern, daß (29. März 1703) der Hufenschatz im Lande aufgehoben, dagegen aber ein doppelter Landschatz eingezogen, daß noch ein Simplum der Contribution zu dem bisherigen Betrage erhoben (5. November 1703), daß wegen des in der Kriegsschatte sich ergebenden Mangels eine Kopfsteuer eingeführt wurde; dann aber sicherte man sich, gestützt auf die in fortwährenden Bedrängnissen erlangten Reverse, das auf Kosten des Landes Gewonnene, in den Privilegien vom 8. Januar 1710.

Das übermäßige Militair hatte in Folge der von Außen her aufgedrungenen Verhältnisse beschränkt werden müssen, und dadurch waren bessere Zeiten eingetreten. Es wäre gewiß angemessen gewesen, wenn im Gefolge der verminderten Kriegs- und Militairkosten Nachlässe stattfinden konnten, diese zunächst an den Service- und Fouragegeldern eintreten zu lassen. Sie waren aus der übermäßigen Zahl von Regimentern hervorgegangen, die man, wenn sie in das Land zurückkehrten, nicht ernähren konnte, und die dann zur Verpflegung in die Gemeinden vertheilt wurden, von welchen man annahm, daß sie den Druck weniger als andere Gemeinden empfinden würden. Auch von dieser Last wurden jedoch überall die ritterschaftlichen Besitzungen nicht getroffen, weil man behauptete, daß sie auch von Einquartierung frei

wären. Gingen auf die dringendsten Beschwerden Regimenter ein oder, wurden sie in die Städte zurückgezogen, so ließ man sich von solchen regellos belasteten Gemeinden noch wenigstens Service- und Fouragegelber zahlen. Bei alle dem kam es der löblichen Landschaft — eigentlich der Ritterschaft, da die Prälaten längst meistens Staatsdiener waren und die Stimme der Städte kein Gewicht hatte — nicht in den Sinn, die Aufhebung so entstandener Lasten oder nur die gerechte Vertheilung derselben ernstlich in Anregung zu bringen; im Gegentheile suchte man auch daraus Nutzen zu ziehen.

Mit der Reduction des Militairs (1703) wurden Ersparungen thunlich und man konnte einigen Nachlaß an Steuern gewähren; wie und wem zu Gunsten wurde derselbe aber vermittelt? Eine alte Schatzung, der Hufenschatz, lastete noch mit auf der Ritterschaft. Sie war 1614 erhöht und zur Abführung der Landesschulden bestimmt. Diese fast einzige die Ritterschaft noch treffende Landsteuer wurde auf den Antrag der löblichen Landschaft (29. März 1703) erlassen, dagegen aber von dieser löblichen Landschaft bewilligt, daß der Landchatz, zu welchem die Ritterschaft nicht beitrug, verdoppelt werden könnte. Die bittersten Beschwerden der Bauern bewirkten zwar, daß man die Hälfte des Aufsatzes wieder erließ, jedoch erst 1709, und nachdem man inzwischen auch die Contribution um ein Simplum erhöht hatte.

Nachdem endlich noch die Resolution vom 27. Juli 1711 bewirkt war, wonach es heißt, daß in Beziehung auf den guten Zustand des Landes und auf den Antrag der Landschaft der Zehntschatz, so von den Stiftern und Klöstern auch der Noblesse hiesiger Lande zeither abgeführt werden mußte, von instehender Michaelis an, gänzlich abgestellt und aufgehoben sein solle, konnte die löbliche Landschaft auf ihren Vorbeeren ruhen, die sie im Kampfe gegen Fürsten und Land errungen hatte. Die Ritterschaft war ja nun von den Lasten für den Staat fast ganz befreit und konnte diese Befreiung nicht weiter treiben, weil sie dann auch die sehr

geringen Ueberbleibsel der Last, wofür sie großen Theils Güter und Gerechtsame erhalten hatte, hätte abwerfen müssen. Sie hatte nicht nur der Mitleidschaft für den Staat sich entzogen, sondern auch noch nebenher auf Kosten desselben angenehme und einträgliche Vorrechte erworben, und das Ganze dieser Genossenschaft gerieth nun in einen unter solchen Verhältnissen wohlthätig zu nennenden Schlaf — wohlthätig für Fürsten und Staat. Es kümmerte die Landschaft nicht, daß, dem vom Herzog Heinrich dem Jüngern errichteten, nachmals oft wiederholten und dem Lande in bündigen Reversen erhaltenen Verträge (die Untheilbarkeit des Landes betreffend) zuwider, das heimgefallene Blankenburg getrennt und zur Begründung einer abgesonderten Linie des Hauses benutzt wurde.

17.

Bei so bedeutenden, der Ritterschaft nach und nach zugestandenen, aus der Fiction eines obwohl längst untergegangenen, dennoch als fortbestehend angenommenen Rosendienstes entwickelten Privilegien blieb nur noch wichtig, diejenigen Grundstücke genauer zu kennen, für welche die Vorrechte in Anspruch genommen werden sollten.

Es war reichsgesetzlich, daß die zur Besetzung und Erhaltung der nöthigen Landesfestungen, Plätze und Garnisonen erforderlichen Kosten, das, was in Fällen dringender Noth die Landesvertheidigung erforderte, die Kosten der Gesandtschaften, Reichs- und Kreisdeputationen, die Steuern, in deren rechtmäßigem Erhebungs-Besitze der Regent sich befände, von allen Landesbewohnern getragen werden sollten, und zur Hebung, behuf dieser Bedürfnisse war früher die allgemeine Landesmatrikel vorhanden, in welcher, wie oben schon bemerkt worden, alle Stände ihren Platz hatten und für alle das zu entrichtende Simplum — der zu einem Römerzuge zu entrichtende monatliche Beitrag — berechnet war.

Wie nun die Ritterschaft die Beiträge zu den Kriegskosten, auch den Reichsgesetzen zuwider, zu umgehen und auf

Landessteuern und dazu Pflichtige zu schieben gewußt hatte, ergiebt sich aus der obigen Darstellung; es blieb danach im Verhältniß zu den neuen Landeslasten nur noch Weniges übrig, was in Beziehung auf die alte Landesmatrikel reparirt werden konnte, und dieß Wenige war es, wozu auch die Rittergüter noch angezogen werden durften.

Damit diese Bevorzugung gewisser Grundbesitzungen, die großen Theils nach und nach sehr zerstückelt waren, nicht auf andere, pflichtige Grundstücke ausgedehnt werden möchte, so ordnete schon Herzog Rudolf August (1684), daß die Landesmatrikel in dem Abschnitte revidirt werden sollte, in welchem die nach und nach dem größten Theile der Pflichten für das Land entzogenen Grundstücke verzeichnet wären. Daß einer Deputation aus der Ritterschaft selbst übertragene Geschäft wurde sehr vernachlässigt. Es waren in mannigfaltiger Weise Bauerhöfe zu den Gütern gezogen, die man gern den begünstigten Grundstücken einreihete. Im Jahre 1705 wurde endlich dem Herzoge Anton Ulrich ein Anschlag überreicht, von dem die Deputirten selbst behaupteten, daß er noch sehr mangelhaft sei, weil manche Professionen unrichtig wären und solchen Profitenten der Ansat nur ex aequo et bono habe gemacht werden können. Der Herzog Anton Ulrich, ein großer Freund der Noblesse, bestätigte dennoch das Nachwerk. Bei den vielen darin vorgekommenen Unrichtigkeiten wurde abermals (1710) eine Berichtigung des Anschlags, und zwar unter der Androhung, daß die nicht angemeldeten Grundstücke unter die Contribution gezogen werden sollten, angeordnet, wonach ferner die sonderbarsten Ansprüche zum Vorschein kamen. Die Besitzer des Guts Scheppau behaupteten z. B., daß ihr Rittersitz vorhin unter der Hoheit der Herzoge von Lüneburg-Zelle gestanden habe, und daß sie deshalb nur nach zelleschen, noch vortheilhaftern Steuergrundsätzen behandelt werden dürften. Andere behaupteten, daß sie befreit bleiben müßten, weil sie für ihre Person im Auslande wohnten, und noch andere nahmen Befreiung auf den Grund gestützt in Anspruch, weil sie

Theile ihrer Güter von anderen Lehnsherren empfangen hätten. So weit war man auch jetzt noch von einem richtigen Begriffe vom Staate entfernt, so suchte man nach Jahrhunderten noch Grundsätze weiter geltend zu machen, die nothwendig als schon mit dem 15. Jahrhundert zu Grabe getragen angesehen werden mußten!

Manche solcher Einwendungen blieben damals wirklich unerledigt; auf den Grund des „allgemeinen Fußes, wonach die Simpla bei rectificirter Rittermatrikel des Herzogthums Braunschweig wolfsenbüttelschen Theils elaboriret worden“ (gedruckt 1716), kam aber nun der obenerwähnte Theil der allgemeinen Landesmatrikel in so weit zu Stande, daß derselbe unter dem 14. Mai 1716 bestätigt und am 28. Januar 1717 als Catastrum Nobilium mitgetheilt werden konnte.

So schied man einen Abschnitt des allgemeinen Landesanschlages aus und benannte ihn, um ja nicht mit den Bauern in Collision zu kommen, „Rittermatrikel“. Die Benennung hatte schon seit drei Jahrhunderten ihre eigentliche Bedeutung verloren, da es keine Ritter im Sinne des Mittelalters mehr gab. Auch die Bezeichnung „Corpus Nobilium“ war unpaßlich und konnte nur etwa auf die Grundstücke bezogen werden, da jetzt, wie früher, solche bona nobilia in den Händen auch der Bürger und Bauern sich befanden; man wußte sich aber auch bei dieser Gelegenheit ein kleines Vorrecht, nämlich das zu verschaffen, daß bei ferner in der Rittermatrikel vorkommenden Veränderungen die jedesmaligen adlichen Schatzräthe die Berichtigung besorgen sollten.

Die Contribution war bis zum Jahre 1697 neu geordnet und das darüber aufgestellte Kataster kam nun auch wohl, im Gegensatz zu jenem Catastro Nobilium, unter der Benennung des „Bauernkatasters“ vor, obwohl die Bauern wie die Städter neben dem Contributionskataster auch noch den Anschlag auf Reichs- und Kreissteuern, wovon die Rittermatrikel ein Theil ist, behielten.

Die endliche Berichtigung der Rittermatrikel fiel in die ersten Jahre der Regierungsperiode Herzogs August Wilhelm (1714—1731), während welcher die Stände in ihrer Gesamtheit eben so wenig Lebenszeichen von sich gaben, als unter Herzog Ludwig Rudolf (1731—1735), Herzog Ferdinand Albrecht (März—September 1735) und bis in die späteren Regierungsjahre Herzogs Carl (1735 bis 1780). In dieser letzten Periode wurden neben manchen mit Recht angefochtenen Verwendungen sehr bedeutende Summen für gemeinnützliche, hochwichtige Anlagen und Einrichtungen erforderlich. Der Herzog hatte schon 1750 die Vermessung der Forsten — auch der Gemeinde- und Privatholzungen — vollenden lassen und nach der Instruction vom 28. November 1755 nahm die so wichtige und einflußreiche Landesvermessung ihren Anfang, nach deren Beendigung die Steuerkataster auf gründliche Beschreibungen und Risse basirt werden konnten (Instruction vom 30. April 1776). Der Chausseebau wurde begonnen, das Landes-Brandversicherungswesen geordnet, ein Collegium Medicum eingesetzt und der Grund zu einer angemessenen Medicinalpolizei gelegt. Der Bergbau wurde durch neue nützliche Anlagen gefördert und mittelst Einrichtung der Porcellanfabrik, der Glashütten, der Eisenwerke suchte man die Wälder in der Wesergegend einträglicher zu machen und der damaligen Verarmung daselbst abzuhelpen. Inzwischen brach der siebenjährige Krieg aus, der das Land in schwierige Verhältnisse setzte, und in Verbindung mit den aus jenen Neuerungen verwachsenen Rückständen den Fürsten in die bedrängteste Lage brachte. Schon 1757 und 1758 hatten sechs Tonnen Goldes auf die landschaftliche Cassé, die ihren Zufluß vorzugsweise aus den bekannten Quellen erhielt, ohne Zuziehung der gesammten Landschaft übernommen werden müssen. Es wurden die den Bürger und Bauer treffenden Abgaben erhöht, bei allem konnte aber nicht verhindert werden, daß die Schulden-

last schon 1768 auf 1,398,683 Thlr. angewachsen war; wenigstens wurde sie zu diesem Betrage auf dem nachfolgenden Landtage angegeben, zu welchem die Stände auf den 17. December 1768, und zwar — wie die Prälaten wehmüthig und beschwerend anführten — seit 66 Jahren zuerst wieder berufen wurden. Die Verhandlungen des Plenums und der Deputationen dauerten bis in das Jahr 1770 fort. Es wurden verwickelte Berechnungen und Gegenberechnungen aufgestellt und das endliche Resultat war, daß man — und zwar die Prälaten in ihrem besondern voto unter wärmstem Danke für das auch ihnen gegebene Gastmahl — den größten Theil der Schuld auf die Landescassen übernahm und zur Deckung derselben und der Zinsen eine Kopfsteuer einführte, eine schon 1764 gehobene außerordentliche Contribution noch sechs Jahre fortbestehen ließ, die ausgehende Wolle mit 1 Thlr. den Centner besteuerte, die Fleischaccise in Braunschweig und Wolfenbüttel erhöhte, die Weinaccise von 5 Thlrn. auf 9 Thlr. 16 Sgr. setzte, die Branntweinsaccise gleichfalls erhöhte, eine außerordentliche Bier- und Essigsteuer anordnete, auch die Abgabe von Rauch- und Schnupftaback vermehrte.

Es lief in die Millionen, was in einem Zeitraume von 12 Jahren auf Cassen übernommen wurde, über welche die Ritterschaft zwar vorzugsweise verfügte, zu denen sie aber keine Beiträge leistete. Eine der angezeigten Schulden war aus dem gezwungenen Anlehen erwachsen, welches man zur Errichtung eines Husarenregiments ic. 1759 gemacht hatte, und welches 168,087 Thlr. betrug. Die Summe war dadurch zusammengebracht, daß man den Staatsdienern und auch den Officieren von ihren Dienstgelbern 20 Procent zurückbehalten hatte. In Beziehung darauf heißt es, daß, wenn dieses Darlehn aus dem Lande wieder aufgebracht und dann vertheilt werden solle, dies nur eine Rechnungsbeschäftigung veranlassen und mehr lästig als nützlich sein würde; man wolle deshalb die Sache „fallen lassen“, d. h. den Creditoren nichts geben.

Bei allen diesen Landescalamitäten, zu deren theilweiser Abwendung doch die Ritterschaft, in sofern sie nicht modern sein wollte, hätte aufstehen und zu Felde ziehen müssen, glaubte dieselbe doch auch etwas thun zu können; sie erklärte daher, in einer Reihe von Jahren nach dem Fuße der Rittermatrikel die höchst geringe Summe von 20,000 Thalern, jedoch gegen gehörige Reversalien, aufbringen zu wollen und stellte dabei noch die Bedingung, daß diejenigen ihrer Mitglieder, welche zu dem gezwungenen Anlehen beigetragen hätten, das Gezahlte auf den Beitrag zu den 20,000 Thalern sollten in Abrechnung bringen können.

Ein damaliger Hofrichter von Beltheim nahm sich bei diesen schmählichen Verhandlungen des Landes an. Er habe, bemerkt ein Zeitgenosse und Mitsland, für das Land als ständischer Deputirter masculine gestritten; er konnte aber nicht durchdringen und hatte, als allgemeiner gewünscht wurde, daß er zum Schatzrathe erwählt werden möchte, — unter jenen Verhältnissen wahrscheinlich — die Freude, daß man ihn nicht wählte; denn sein Benehmen war in den Augen der kleineren Reiter unritterlich.

Nachdem das große Werk zu Ende gebracht war, trug man den Landtagsabschied und alle die gegen das Land nach und nach gewonnenen Privilegien unter dem 9. April wieder zusammen; hatte sich aber dennoch in Beziehung auf die Landesschuld verrechnet. Zur Zinszahlung fehlten jährlich 45,000 Thlr., und um dies Deficit zu decken, wurde auf den 4. October 1774 ein Landtag zu Salzdahlum ausgeschrieben, jedoch, noch vor der Zusammenkunft, auf den 29. November verschoben, an welchem Tage man sich zu Braunschweig versammelte. Der Recesß vom 2. September 1775 enthält das Resultat dieser Verhandlungen, die eine erhöhte Kopfsteuer zur Folge hatten und beiläufig mancherlei moderne Einrichtungen: die Abschaffung der Kirchenbuße, die Gewissensfreiheit bei der Privatbeichte, die Beschränkung des Colligirens zum Lotto u. mit sich führten.

In der letzten Zeit der Regierung des Herzogs Carl war schon der Einfluß seines Erbprinzen, Carl Wilhelm Ferdinand, bemerkbar, der 1780 die Regierung antrat und seine geläuterten Regierungsgrundsätze bis an seinen Tod (1806) auf das Land in Anwendung brachte. Er hatte die Landtagsverhandlungen unter seinem Vater verfolgt. Der tiefste Widerwillen gegen alles Schuldenmachen und eine fast überstrenge Dekonomie waren die Folgen davon. Dabei war ihm die Tendenz der Stände und die ganz verschrobene Stellung derselben in Beziehung auf das Land bekannt geworden. Er erkannte den hohen Werth des Bauernstandes und sah selbst und unter Beziehung tüchtiger Localbeamten, was für den Landmann Noth that. Eine Erhöhung der Steuern war ihm eben so sehr zuwider, als die Verhandlungen darüber mit Ständen, die immer nur für sich zu sorgen gesucht und zum Theil sich ganz aus der Mitleidschaft gezogen hatten, wenn Staatszwecke Opfer erforderten. Er erkannte, wie der vorzüglichste Reichthum des Landes aus der Aercultur hervorginge, und ließ sich, unter oft dringenden Verhältnissen, nicht bereit finden, den Gewinn zu schmälern, welchen der Akerbauer aus hohen Preisen seiner Producte ziehen konnte.

Bei seinen Wünschen für die Verbesserung des Schulwesens und bei der Ausführung des Plans, eine abgesonderte höhere Schulbehörde einzusetzen, hatte er die Bitterkeit kennen gelernt, mit der ihn dieselben Stände wegen einer verletzten Form angriffen, die er, als gründlicher Kenner der Geschichte seines Hauses und Landes, wenn auf Anderer Kosten und unter eigenem Vortheile Etwas zu bewilligen war, stets bereitwillig gefunden hatte. Obwohl das Land noch tief verschuldet war, als der Herzog Carl Wilhelm Ferdinand die Regierung antrat, so verschmähte derselbe doch die Hülfe in alter Weise und zog, da doch Hülfe Noth that, die Beschränkung des Militairstats und den Gewinn, der

sich aus der Verleihung des Militärs in fremden Sold ziehen ließ; vor. Diese letzte, von manchen Seiten her streng getadelte Maßregel kommt zum großen Theil mit auf Rechnung aller der Privilegienkrämerei, durch welche der Staatshaushalt so erschwert und jede neue Anforderung für denselben einem die Gesamtheit seiner Unterthanen berücksichtigenden Fürsten unthunlich gemacht war; auch mag sie, in Beziehung auf das damalige Verbesystem und den Umstand, daß unter das Kriegsvolk die Hefe des Landes aufgenommen werden durfte, weniger strenge beurtheilt werden.

Das Land wurde in Beziehung auf den Schuldenzustand drohenden Gefahren entzogen; übrigens aber waren manche wünschenswerthe und auch von dem Fürsten beabsichtigte Verbesserungen in den bestehenden Einrichtungen nicht zu vermitteln, weil sie an die Zustimmung von Ständen geknüpft waren, deren Berufung man aus guten Gründen scheuen mußte.

20.

Die französische Invasion gab hiernächst Gelegenheit, die Folgen des so verwickelten und verschrobenen Steuersystems zu übersehen. Es war nun ohne Verzug Geld herbeizuschaffen, und die Einzelnen, welche damals die Angelegenheit zu besorgen hatten, konnten und wollten auch, namentlich unter solchen Verhältnissen, die neuen Lasten nicht einzelnen Unterthanenclassen allein aufwälzen. Es wurden nun die zahlreichen Abgaben erhöht, neue hinzugesetzt *); es war aber wohl Niemand im Stande, sich selbst darüber Zeugniß zu geben, daß eine nur einigermaßen gleichmäßige Vertheilung erreicht sei; doch der Usurpator machte mit dem Beginne des folgenden Jahres allen Steuerprivilegien ein

*) $1\frac{1}{2}$ Simpla von den Zehnten (15. Novemb. 1807). — Erhöhung des Schaffschages (15. Juli 1807). — Abgabe von Besoldungen und Pachtungen (15. Juli 1807). — Erhöhung der Contribution um $1\frac{1}{2}$ Simpla (15. Juli 1807). — Die von den ritterschafilichen Besitzungen zu hebenden $1\frac{1}{2}$ Simpla Contributionis (15. Juli 1807).

Ende und erkannte auch keine Steuerfreiheit der Ritterschaft weiter an, von der als einer besondern privilegierten Standesclasse nun auch fürerst überall nicht weiter die Rede war und die erst mit dem Aufhören der Usurpationsperiode aus ihrem Schlummer wieder erwachte.

Wie Steuern veranlagt und auf alle Unterthanen gleichmäßig vertheilt werden konnten, war dasjenige, was die Westphalen am gründlichsten lehrten; als daher Herzog Friedrich Wilhelm 1813 in sein Land zurückgekehrt war, wollte weder dieser Fürst, noch seine Regierung sich einreden lassen, daß die alte Glückseligkeit durch eine braunschweigische Ritterschaft und ihre Privilegien begründet, und daß, um vormalige Freuden wieder zu genießen, die Herstellung solcher Institute nothwendig sei. Es erfolgten zwar einzelne, die bisherige Last erleichternde Verfügungen; aber zu einem Mehreren konnte man sich lange nicht verstehen.

Es ist so viel richtig, daß die Exemtionen der Ritterschaft (welchen Ursprungs sie auch sein mochten und wie deutlich auch eine Beleuchtung ersehen läßt, daß sie mit dem Untergange der Verhältnisse, aus welchen sie sich erzeugt hatten, ebenfalls längst hätten untergehen müssen) doch nun seit Herzogs Anton Ulrich Zeiten entschieden anerkannt waren, und daß Fürst und Regierung Bedenken tragen mußten, das freilich auf Kosten anderer Unterthanen gegebene Wort zu brechen. Allein zu beklagen bleibt gewiß, daß man im Jahre 1817 so weit ging, das ganze alte Grundsteuerwesen mit allen seinen Mängeln und Inconsequenzen wieder herzustellen, da man doch wenigstens die Grundlage zu einem viel bessern vor sich hatte, dies bessere in voller Anwendung war und leicht den Umständen nach verändert und vervollständigt werden konnte. Ein mittelalterlicher Geist ließ auch diese Maßregel herbeispuken, die aber, wenn dadurch nur jenen Exemtionen die Bahn wieder eröffnet werden sollte, durchaus verwerflich war. Daß sich eine wirkliche Verbesserung ohne jene Maßregel erreichen ließ, zeigten die 1819 begonnenen Landtagsverhandlungen, nach welchen als Grundsatz ausgesprochen wurde:

Vom 1. Januar 1822 an gerechnet sollen alle bisher, und namentlich vor dem Jahre 1806, bestandenen Befreiungen von Steuern und öffentlichen Lasten gänzlich aufhören, und jeder Landeseinwohner soll schuldig sein, dazu in demselben Verhältnisse beizutragen, in welchem die übrigen Bewohner des Herzogthums in den verschiedenen Landestheilen ihre Beiträge leisten *).

Diese Bestimmung war es, die schon die Herzoge Heinrich der Jüngere, Julius, Heinrich Julius und August vergebens wieder zu erkämpfen gesucht hatten, die in Beziehung auf längst untergegangene Verhältnisse stets hintertrieben, durch einige, zum Theil während des Landdrosten-Regiments erfolgte Verfügungen Herzogs Friedrich Ulrich erschwert, und deren Wiedereinführung endlich, als die Staatswirthschaft auf Geldzuschüsse nothwendig begründet werden mußte, mit Hülfe des Rechts der Bewilligung für lange Zeit verhindert wurde.

Es war zu beachten, auf der einen Seite, daß Schritt für Schritt historisch nachzuweisende, durch Zeiten der Noth begünstigte Anmaßungen es waren, welche die mit dem Begriffe von Staat nicht zu vereinigenden, jetzt aufgehobenen Privilegien herbeigeführt hatten; auf der andern Seite aber, daß jene Anmaßungen durch eine Reihe von Reversalien (wenn auch ewig gültigen, aus der Natur des Staatsverbandes fließenden Grundsätzen zuwider) sanctionirt waren, und daß derzeitige Inhaber ihre Güter zum Theil in Beziehung auf die denselben anklebenden Privilegien erworben hatten. Bei diesem Conflict wichtiger Erwägungen war daher die zugleich vermittelte Ausgleichung **), bei der solche Verhältnisse berücksichtigt sind, gewiß angemessen zu nennen, und die gezahlten Relutionssummen verschwinden gegen die aus der Bestimmung übrigens erwachsenen wohlthätigen Folgen.

*) BD. Die Ausgleichung der öffentlichen Abgaben betreffend, 29. Oct. 1821. §. 1. — Landt.-Absch. 11. Juli 1823. §. 8 u. 20.

**) BD. Die Ausgl. der öffentl. Abgaben betr. vom 29. Oct. 1821.

Ein umfassender Grundbesitz innerhalb des Staats ist das, was an die Interessen des Staats regelmäßig am festesten knüpft. Der Besitzer eines größern Gutes in seiner auf den Besitz selbst und auf ein reiches Einkommen von demselben begründeten festen Stellung wird, — wie auch die Geschichte so manche Beispiele aufstellt — wenn er der gebildete Mann ist, der er seinen Verhältnissen nach sein kann und soll, sich Uebergriffen weder auf der einen noch auf der andern Seite anschließen: denn seine Interessen sind mit denen des Staats im Allgemeinen am tiefsten verwachsen. Diese wichtige Classe von Landesbewohnern stand bis dahin bei den Verhandlungen in Landesangelegenheiten ohne das ihr erforderliche Vertrauen da. Durch verschrobene Stellung war sie in die Lage gesetzt und durch selbstsüchtige Genossen darin erhalten, ihre Beschlußnahmen in Landesnöthen nur auf den Säckel Anderer zu richten und die Nachreden und den Mangel an Vertrauen zu ertragen, welche die nothwendige Folge einer solchen Stellung sein mußten.

Jetzt gaben sie sich für Alles, was ferner Noth thun möchte, zur Mitleidenschaft her und wurden, wenigstens in Ansehung der Staatslasten, natürliche Vertreter auch der Classe der Landesbebauer, die bis dahin von jenen Beschlußnahmen allein getroffen wurden. — Ein höchwichtiger Schritt zum Bessern! —

21.

Ein ferneres drückendes Ueberbleibsel mittelalterlicher Zustände, eine Folge der an die Stelle der Landeshoheit getretenen Grundherrlichkeit, war auch die Rechts- und Gerichtsverfassung, wie sie bis zur westphälischen Zeit bestand und mit dem Anfange derselben verschwand *).

*) Es war in vielen Fällen schon eine schwere Aufgabe, seinen Richter auszumitteln. Neben vier Obergerichten: Justizkanzlei, Hofgericht, Consistorium und Regierung zu Blankenburg, gab es noch sogenannte höhere Instanzen: das akademische Gericht, Hofmarschallamt, die Kriegsgerichte, das Appellations-Kaufgericht, die Polizeicommission zu

Aus guten Gründen trug man seit 1813 Bedenken, das alte Chaos wieder herzustellen. Mit der größten Verschiedenheit in ihren Abgrenzungen und Befugnissen bestanden neben einander Aemter und fürstl. Gerichte, Stifts- und Klostergerichte, gutherrliche (die wiederum je nach ihren Befugnissen: zur Saengerichtsbarkeit, zur Rechtspflege in umfassenden Bezirken, zum vollständigen Civil- und selbst Criminalverfahren sehr verschiedenartig waren) und städtische Gerichtsbehörden, deren Befugnisse gleichfalls sich in sehr verschiedenartiger Weise gestalteten. Alle Inhaber hatten im Mittelalter nach Gerichtsbarkeit gestrebt, die als ein Theil der Staatsgewalt so bequem nicht nur zur Erhaltung anderer, dem Staate abge-

Wolsenb., die zwar keine Untergerichte hatten, von denen aber an den Landesherrn appellirt werden mußte. Zu den den höheren Landesgerichten unterworfenen Untergerichten gehörten die Magistrate, mit sehr verschiedenartig gestalteter Gerichtsbarkeit, 45 Aemter, die nach sehr mannigfaltigen und schwer zu verfolgenden Bestimmungen in die Gerichtsbezirke der Magistrate und Patrimonialgerichte mit eingingen, 49 gutherrliche und eine bedeutende Zahl Stifts- und klösterlicher Gerichte, deren Befugnisse nach Verhältnissen verschiedenartig waren, die nicht offenkundig vorlagen und an sich schon zu den beschwerlichsten Händeln und zu zahlreichen Processen zwischen den Gerichtsbehörden selbst die Veranlassung gaben. Die Streitigkeiten, selbst zwischen Aemtern und Klostergerichten, oft nur auf höchst geringfügige Grenzpunkte sich beziehend, gingen bis an die Reichsgerichte und dem Referenten lag eine Acte vor, nach welcher ein Amt mit dem benachbarten Klostergerichte darüber in Streit und Proceß gerieth, welche von beiden Behörden die Anordnung zur Reinigung der wenige Ruthen langen Strecke eines Bachs zu geben habe, die beide sich anmaßten. Der Klosterbeamte ließ seine Schreiben an das Amt unter der, die damalige Zeit charakterisirenden Aufschrift: *ad Grobeianum in vicinia* abgehen — und bei alle diesem blieb dann die Hauptsache unerledigt. Wer auch in einem solchen Chaos von Gerichten endlich den rechten Richter gefunden zu haben glaubte, mußte dennoch ferner errörtern: gehört die Sache nicht etwa vor ein besonderes geistliches Gericht (das zu Braunschweig), vor ein Regiments- oder Garnison-, ein Kauf-, ein Accise- oder ein Marktgericht, nicht etwa an ein Concilium Collegii Carolini und wie die mit der Rechtspflege beauftragten Behörden übrigens benannt sein mochten.

wonnener, sondern auch zur Gewinnung neuer Vorrechte sich benutzen ließ. Auch diese gerichtlichen Zustände waren in Privilegien verwandelt und als solche befestigt, und vergebens suchten die weisesten Fürsten, als erkannt wurde, wie sehr ein solcher Zustand dem Begriffe von Landeshoheit geradezu widersprach, sich von demselben loszureißen. Nach und nach hatten sich auch für einzelne Gegenstände gerichtlicher Behandlung besondere Gerichte gebildet, und schon damals, als Herzog Heinrich der Jüngere wenigstens für eine verbesserte Rechtspflege in höherer Instanz gesorgt hatte, war Niemandem zu verdenken, wenn er durch Erlangung eines privilegierten Gerichtsstandes allen den Unannehmlichkeiten sich zu entziehen suchte, die eine höchst verworrene Gerichtsbarkeit in erster Instanz mit sich führte, eine Gerichtsbarkeit, die zugleich zu polizeilichen Maßregeln und zur Cognition in Gemeindeangelegenheiten wie über Verhältnisse des Grund- und Gerichtsherrn zu seinen Pflichtigen berechnete. Auch die Exemption von solchen Gerichten wurde an sogenannte Landesprivilegien geknüpft *); die Classe der Unterthanen aber, der am meisten Noth that, ein vom Staate und Fürsten selbst abhängiges Gericht suchen zu dürfen, blieb auch in dieser Hinsicht die nichtprivilegirte. Das

*) Wie eine solche Schriftsässigkeit sogleich zu Privilegien führte, die auf Kosten Anderer ertheilt wurden, beweiset z. B. die Urkunde über die dem Salz- und Forstschreiber Joachim Koch zu Langelsheim wegen seines Sattelhofs daselbst ertheilte Schriftsässigkeit:

Wollen ihn und seine Kinder hinfüro für sonderbare Schriftsassen erklären, daß er und sie in allerhand oneribus publicis und privatis, als mit Dienstpflichtungen, Ringefuhren, Contributionibus, und wie dies mehr Namen haben mag, auch mit Rechnungen vor Unserem Amte (Seesen) und Landgerichten frei und abgesondert sein, und wie ihn oder sie, wie auch ihr Gesinde deswegen auf alle begehenden Fälle ins künftige zu besprechen hätten, dieselben solches von Uns, oder Unserer fürstl. Rathsstube, Hofgericht, oder nach Gelegenheit Unserm fürstl. Consistorio darthun und anstellen und daselbst Recht geben und nehmen sollen, wogegen er sich hinwiederum für sich und die Seinigen, wie obsteht, verpflichtet die Landes- onera publica gleich andern Unser Schriftsassen mit tragen zu helfen.

mittelalterliche Gespenst drang, wie manche Vorgänge be-
weisen *), bis in die neuere Zeit vor, ohne daß gründlich
geholfen werden konnte, bis endlich der Landtag von 1819
u. f. w. definitiv modernisirte. Die Gerichtsbarkeit wurde
dem Staate in ihrem ganzen Umfange, unter Aufhebung al-
ler entgegenstehenden Privilegien, wieder gewonnen **).

Neue moderne Bestimmungen über die Pflicht zur Kriegs-
hülfe, zu dieser seit Jahrhunderten so gemißbrauchten und
auch unter den verschiedenartigsten Verhältnissen immer wie-
der vorgeschobenen Pflicht, kamen hinzu und führten, neben
anderen wohlthätigen Vereinbarungen, die hier nicht weiter
zu verfolgen sind, in das so lange verlassene rechte Gleis zurück.

*) Ein kleiner Grundherr hatte, um seinen Baumgesessenen als Herr über
Leben und Tod zu erscheinen, unter Aufopferung eines bedeutenden
Holzdeputats die Criminalgerichtsbarkeit erworben. Es war das Zei-
chen der Machtvollkommenheit, ein Galgen, errichtet; als aber in dem
kleinen Bezirke eine gefährliche Räuberbande betreten, von den Bauern
aufgegriffen und dem vermeintlichen Herrn über Leben und Tod über-
liefert wurde, war zwar der Galgen, aber nicht die kostspieligere Ge-
fangenenanstalt vorhanden; die Bande zog daher schon am folgenden
hellen Tage unter Hohnlachen ab und trieb ihr Geschäft nur um so
frecher fort, bis sie festeren herzoglichen Gefängnissen verfiel.

Nach mittelalterlichen Grundsätzen hatte der Pächter der Domaine,
wenn er auch nichts weniger als das *corpus juris* kannte, Sitz und
Stimme, häufig den Vorsitz auf der Gerichtsstube. Als in einem
solchen Gerichte der eigentliche Justizbeamte, wegen plötzlicher Krank-
heit, zu erscheinen beklüdet war, trat für ihn der Pachtbeamte ein.
Es lagen Zeugenartikel vor, deren jeder, nach damaliger Vorschrift,
sich mit: „Wahr daß ic.“ anfing. Der Beamte glaubte, daß Alles,
was hier mit „Wahr“ bezeichnet sei, nur freventlich geleugnet wer-
den könne, ließ den Zeugen, einen Soldaten des Warrenstedtschen
Regiments, der versicherte, daß er den in Rede stehenden Vorgang
nicht kenne, so lange prügeln, bis er in der Noth zu Allem Ja sagte.
Der Vorgang kam durch die Vermittelung des Justizbeamten und des
Generals nicht zur Kunde des Fürsten, der nicht geneigt war, solchen
Excessen nachzusehen, sich aber schonte, die so sehr verlausulirte alte
Gerichtsverfassung anzugreifen.

**) Landt. Absch. 11. Juli 1823.

Noch schleppte sich aus der unmodernen Zeit ein Uebelstand fort (den man, als solchen, durch frühere Jahrhunderte verfolgen kann, und von dessen Schädlichkeit auch oben schon Beweise geliefert sind), der den Fürsten, wie einzelnen das Bessere verfolgenden Mitständen am meisten zu schaffen machte. Die alten, eigennützigen Curien, die nur sich für den Staat nahmen, waren zwar gesprengt. Das Ganze sollte in zwei Sectionen zerfallen, in deren ersterer alle Besitzer der 78 befreiet gewesenen Güter zu Virilstimmen berechtigt sein sollten, und welche beide — unter Aufhebung der frühern Prälaturen — bestimmte Prälaten zugetheilt erhielten. Die Ritterschaft konnte auf diese Weise bei den Berathungen in Landesangelegenheiten nicht diejenigen unter sich auswählen, welche sie zu solchen Verhandlungen für besonders geeignet hielt; es blieb ihr der Anhang zur Last, den wir so oft dem Fürsten, und selbst den größeren Grundherren gegenüber nur kleinliche, eigennützige Zwecke verfolgen sahen und selbst öfentlich die naive Frage stellen hörten: Was nützt oder schadet denn mir das? — Auch in Beziehung auf die Prälaten war es nicht gleichgültig, ob auch der Unfähige zu der Ständeverversammlung eintreten konnte und mußte. Sie gehörten seit länger als zwei Jahrhunderten nicht mehr den Verhältnissen an, die ihnen ursprünglich eine Stimme in Landesangelegenheiten verliehen hatten *). Hinsichtlich ihrer wie

*) Herzog Julius übertrug die Aufsicht auf den Haushalt der Klöster dem Consistorio (Kirchenordn. Herzog Julius S. 267. 268. 271). — Herzog August verordnete, daß für jedes Kloster ein Verwalter oder Schreiber, dessen Bestätigung bei dem Fürsten nachzusuchen sei, ernannt werden sollte, der dann unter der Aufsicht zweier von den Prälaten zu wählenden und von dem Landesherrn zu bestätigenden Inspectoren die Verwaltung zu besorgen hatte. Die Klosterrechnungen, welche der unter Herzog Friedrich Ulrich errichteten Kammer einzureichen waren, wurden vom Herzog August der von diesem begründeten Klostersrathsstube zur Abnahme überwiesen (Klosterordnung vom Jahre

der unter der Benennung „Ritterschaft“ beibehaltenen Grundbesitzer und der Städter war es von Wichtigkeit, zur Auswahl der Tüchtigsten Raum zu geben und allen Corporationsgeist aus der Versammlung zu verbannen, der dem Staate wie den Fürsten so viel Unheil veranlaßt hatte.

Die Landschaftsordnung vom Jahre 1832 faßte diese Ansicht auf, ließ wie Curien, so auch Sectionen und Corporationen verschwinden und ordnete ein Wahlverfahren an, welches thunlich machte, bei den ständischen Verhandlungen die Interessen der Grundbesitzer — der größeren wie der geringeren, — der Gewerbetreibenden, der Bildungsanstalten und der Wissenschaften überhaupt durch die Tauglichsten, jedoch so vertreten zu lassen, daß nicht wieder Corporationsgeist Raum gewinnen und nicht zu Absonderungen und alleiniger Förderung der Privatinteressen die Thore wieder geöffnet werden möchten.

Dem Staate gegenüber giebt es jetzt eben so wenig eine Corporation der Ritterschaft, als der Prälaten und der Städte des Landes, welche letzteren, zwar jede für sich, auch Corporationen bilden, aber nur zur Ordnung ihrer inneren Angelegenheiten, mit denen sie nicht in Staatsverhältnisse eingreifen dürfen.

Wohl hätte man zwar noch einen Schritt weiter gehen, und nicht alle die Grundbesitzer in Einer Wahlversammlung zusammen lassen sollen, die vormalß von den meisten Staatslasten sich frei gemacht und in Beziehung auf die dem Staate abgewonnenen Rechte zu einer Corporation sich gebildet hatten; vielleicht hätte man viele derselben zweckmäßiger wieder zu den kleinen Grundbesitzern, zu denen sie gehören, ausscheiden und mit diesen in Ein Wahlcollegium vereinigen sollen! doch kann durch den Mangel einer solchen Einrichtung

1655. Cap. III.). Die Herzoge Rudolf August und Anton Ulrich setzten 1699 den Geschäftskreis auch dieses Collegii ferner fest. Den Prälaten wurde die Verwaltung der Klostergüter in solcher Weise entzogen.

kein wesentlicher Schaden geschehen, weil bei dem jetzigen Wahlverfahren ein Uebergewicht für die Tüchtigeren sich bilden wird.

23.

Wenn der staatskluge Herzog August, die Herzoge Heinrich der Jüngere, wie Julius und Heinrich Julius den Abgang der Corporationen erlebt hätten, aus vollem Herzen würden sie denselben ein *quiescant in pace!* nachgeschickt haben.

Die Verleihung der Stipendien wie die Besetzung des Stifts Steterburg erfordern die Bildung von Corporationen und Corporationsbeamten nicht. In Beziehung auf den Genuß dieser Beneficien bestehen zwei von einander verschiedene Classen von Aspiranten; die Art der Verleihung aber ist durch Grundgesetze fest geordnet *).

*) Diese Stipendien sind in der Urkunde vom 9. Juli 1711 begründet. Es sollen danach 1500 Thlr. aus den Landesrevenueu für Studirende verwendet werden.

Die Entstehung der Vorrechte auf Stellen im Kloster Steterburg ist oben §. 16 nachgewiesen.

Beide Institute werden auf Kosten des Staats unterhalten. Ihre Beaufsichtigung ist jetzt ganz dem gemäß geordnet und die gesetzmäßige Verleihung der Beneficien ist unter Aufsicht der Landesregierung so gesichert, daß nicht nur jede Veränderung ganz unnöthig sein, sondern daß es auch besonders auffallend erscheinen würde, wenn man ein altes, vor vierhundert Jahren schon seinem Wesen nach abgestorbenes und nun begrabenes Militaircorps wieder hervorrufen wollte, um ein Corps zur Verleihung von Stipendien und zur Auswahl von Nonnen zu bilden. Die Idee ist wohl zu modern! Wenn der Landesherr aus Staatsmitteln Beneficien verabreichen läßt, so ist wohl nichts angemessener, als daß die Verwaltung der dazu bestimmten Fonds, so wie die Verleihung Behörden übertragen werden, die mit der Landesregierung in genauer Verbindung stehen, und nicht den Aspiranten selbst. Mit gleichem Rechte würden die Interessenten der Civilbedienten = Wittwencasse, diejenigen Stände, für welche gleichfalls ein bestimmter Theil der Stipendien ausgesetzt ist, u. A. corpora-

Das neueste Grundgesetz stellt die Rechte der Stände in Beziehung auf Wahl und Convocation ihrer Mitglieder fest, stellt dem Fürsten die Militairhoheit, die Rechtspflege, die Polizei und die Finanzverwaltung, frei von allen den Auswüchsen, die im Gefolge einer verschrobenen Verfassung sich gebildet hatten, wieder anheim, und behält den Ständen, als Vertretern der Gesamtheit, nicht einzelner Corporationen und Genossenschaften, die Rechte vor, die ihnen in einer langen Reihe von Jahrhunderten gesichert geblieben sind und statt der nun ausgerotteten Privilegien der einzelnen Stände sich erhalten haben.

Der Verlust der alten Art der Vertretung und der damit in Verbindung gebrachten Vorrechte ist von Vielen schmerzlich gefühlt. Sie schützen die Interessen des Regenten vor, um die eigenen wieder geltend machen zu können. Am drückendsten wird der Verlust von denen empfunden, welche weiter keine Vorzüge geltend zu machen haben, als die, welche ihnen veraltete Benennungen und Vorrechte vor Mitbürgern gewähren. Wie häufig werden die Dienste herausgestellt, welche Fürsten und Staaten einst von Rittern und Lehnleuten genossen haben sollen; doch kann dadurch nur der getäuscht werden, welcher den Hergang und das Verfahren des größern Theils dieser Ritter nicht kennt, welcher von den Bedrängnissen der Fürsten und den Klagen des Volkes nichts weiß, die durch die vormaligen Zustände hervorgerufen worden. Nur die Geschichte, die speciellste Geschichte, ist gerechte Richterin.

Die Befugniß, bei den das Wohl und Wehe des Staatsgenossen berührenden Anordnungen gehört zu werden und

tive Rechte in Anspruch nehmen können. Ein Theil des Staatseinkommens würde wieder Corporationen zufallen und es würde damit der Anfang zu einer Staatswirthschaft wieder gemacht werden, wie wir dieselbe im Mittelalter kennen gelernt haben; einer Wirthschaft, die dem besten Willen der einsichtsvollsten Fürsten fortwährend in den Weg trat.

dabei eine Stimme zu führen, ist tief in der deutschen Verfassung begründet. Die ältesten Markenverbindungen bestanden nur dadurch fort und die mächtigsten Kaiser erkannten sie an; nicht etwa als eine lästige Beschränkung ihrer Macht, sondern weil die geheiligte Person des Fürsten ihren Standpunkt viel sicherer behauptet, wenn ihre noch so wohlthätigen, aber den Einzelnen oft schwer belästigenden und in Privatverhältnisse tief eingreifenden Verordnungen die Zustimmung derer oder der Vertreter derer erhalten haben, auf welchen die Folgen der Verfügung lasten. Frei von Nachrede steht dann der Gesetzgeber da, wie seine Stellung es erfordert.

Als die Feudalstände es nach und nach dahin gebracht hatten, daß sie gegen Bestätigung und möglichste Erweiterung ihrer Privilegien die große Masse der Unterthanen preisgeben und die Lasten auf sie verweisen konnten, machte sich Vieles bequemer, und auf diese Bequemlichkeit wird hingewiesen, gleichfalls, als wenn darin ein Vorzug der Zustände in der Vergangenheit zu finden, als wenn auch desfalls die neuere Ordnung zu verachten wäre. Man verfolge aber nur die Handlungsweise und die ausdrücklichen Worte unserer weisesten Fürsten. Sie verachteten ja Gaben der Art im Grunde ihres Herzens, und Herzog Carl Wilhelm Ferdinand ergriff lieber jedes andere Mittel, als das, durch solche Hülfe seine wohlthätigen Pläne in Ausführung zu bringen.

24.

Es mögen die mitgetheilten Thatsachen zum Beweise dienen, welche Hemmnisse die einzelnen, in sich abgeschlossenen, nun ausgeschiedenen Corporationen einer zeitgemäßen Fortbildung des Staatsgebäudes entgegen stellten. Sie waren ohne Rücksicht auf Förderung des Staatswohles organisiert, gleichwohl aber dem Staate gegenübergestellt und griffen immer nur zu eigenem Vortheile ihrer Mitglieder in das Staatsruder ein. Wer weiter gehen will, mag die älteren Zustände auch nach der auf Gemeindeverfassung sich beziehenden Gesetzgebung beurtheilen und mag danach die Bestimmungen ins Auge fassen,

nach welchen man die aus dem Gemeindeverbande fließenden Rechte und Pflichten geordnet hatte. Es fehlte zwar nicht an Anordnungen zur Förderung der Sicherheitspolizei, zur Besserung und Erhaltung der Wege, zur Förderung der Feuer- und Baupolizei u.; sollte aber danach verfahren werden und suchte man nach Bestimmungen über die Vertheilung der Last, so stieß man überall auf das leidige: „Herkommen vorbehaltlich“, womit denn dem Ganzen Kraft und Wirksamkeit wieder genommen wurde.

Es ist ein alter ächt deutscher Grundsatz: Wo ich nicht mit rathe, da soll ich auch nicht mit thaten; derselbe war unter der Feudalherrschaft in Beziehung auf Güter und Domainen dahin ausgeartet: Wo wir rathen und befehlen, haben wir nicht mit zu thaten. Das grundherrliche Regiment im Mittelalter, auf vielfältige Weise zersplittert, war, wie gezeigt worden, dadurch so schädlich geworden, daß der Staat sich die Gerichtsbarkeit und Rechtspflege einem großen Theile nach entziehen ließ und damit auch dem Einflusse auf Gemeinde- und Polizeiverwaltung entsagte. Der abhängige Patrimonialrichter hatte, wie der zum Richter und Pächter oder Verwalter der Domainen zugleich bestellte Beamte — Letzter im eigenen, Erster in seines Gerichtsherrn Interesse — keine angelegentlichere Pflicht, als die zu erfüllen, nur die Bauern — seine s. g. Unterthanen — zu Kiegewerken und Tragung von Gemeindelaften auch da allein anzustrengen, wo das Gut oder Amt bei den Arbeiten am meisten theilhaftig waren und vorzugsweise davon Gewinn hatten. In Zeiten, in welchen eigentlich keine deutschen Staaten im rechtlichen Sinne des Worts bestanden, hatte ein Zwangsgebrauch sich gebildet, der unter ganz veränderten Umständen Jahrhunderte hindurch als Herkommen festgehalten wurde und endlich auch an Privilegien sich knüpfte. Weder die alte Gau-, noch die markgenossenschaftliche Verfassung kannte eine solche *societas leonina* und das Herkommen bildete sich erst, als es Rückhalt fand an den Corporationen, die sich neben dem

Staate, und zum Schutze der demselben abgewonnenen Vorrechte entwickelt hatten.

Die Gemeindeverbände, diese wichtigsten Fundamente des Staats, beziehen sich auf Verhältnisse, bei welchen nie Rang und Stand Berücksichtigung finden dürfen. Der Bildung und der Veränderung eines Gemeindeverbandes können nur Nothwendigkeiten zum Grunde liegen, deren sorgfältige Berücksichtigung zu den wichtigeren Aufgaben der höchsten Landesbehörde selbst gehört.

Die Regulirung des so tief in alle Staats- und Privatverhältnisse eingreifenden, so lange vernachlässigt gebliebenen Gemeindegewesens erfordert allerdings wohl noch wesentliche Nachhülfe. Es ist überaus wichtig, die Abstimmung bei Gemeindebeschlüssen an feste und gerechte Regeln zu knüpfen, für die so verschiedenartigen Gemeindelasten den gerechtesten Fuß der Vertheilung aufzufinden und das Gemeindegewesen überhaupt so zu ordnen, daß auf der einen Seite der Fortschritt zum Bessern nicht gehemmt, auf der andern aber auch dem Eigensinne und der Herrschsucht Einzelner nicht Raum gegeben werde; will man indeß diese wichtigen Zwecke erreichen und die bereits eröffnete Bahn nicht wieder versperren, so ist gewiß wesentlich erforderlich, daß bei der Feststellung der Grundprincipien keiner Behörde und keiner Corporation ein Uebergewicht eingeräumt, sondern Alles in dem Wege geordnet werde, der von dem Gesetzgeber, zur Erlangung bündiger Gesetze, bezeichnet ist *).

Vergleichen wir die gegenwärtigen Zustände mit denen in der Vergangenheit, und zwar nicht nach Redensarten,

*) Wie wäre wohl möglich gewesen, mit den alten Corporationen die so unendlich wichtigen und den Zeitverhältnissen so ganz angemessenen Theilungs- und Ablösungsordnungen zu Stande zu bringen!

sondern unter fortwährender Berücksichtigung von Thatfachen, so können wir wahrlich nur zu dem innigsten Dankgefühle gegen den hohen Gesetzgeber und alle die redlichen Männer uns hingezogen fühlen, die mit rastloser Thätigkeit dem Staate neues Leben und neue Kraft gaben, die den verheerenden Schwamm hinwegräumten, welcher an dem morsch gewordenen Staatsgebäude nagte.

Größere und selbstständigere Grundbesitzer, wenn sie auch einst bei den Vortheilen theilhaftig waren, die ältere Zustände Einzelnen gewährten, können nur mit Mißfallen auf die fruchtlosen Bemühungen derer sehen, welche uns so gern um drei Jahrhunderte wieder zurückführen möchten; und das thun sie ja auch wirklich. Sie können ihren kleineren jammernden Genossen nicht oft genug das *discite justitiam moniti!* zurufen. Haben doch die edlen Nachkommen der Männer, welche uns die Geschichte im Kampfe für das Land und als verlassen von ihren geringeren Gefellen vorführt, die neue Ordnung kräftig mit gefördert und allen den Vorrechten gern entsagt, mittelst deren so oft schädlich in das Staatsruder eingegriffen worden *)! Ihr Beispiel wird auch endlich die belehren, welchen die Bücher der Geschichte unbekannt sind und die zwar nichts vergessen, aber auch nichts gelernt haben.

Alles Anfang ist schwer. Jede neue oder veränderte Einrichtung führt es so mit sich, daß die Theilhaftigen die Grenzen ihrer wechselseitigen Befugnisse mit einiger Eifersucht bewachen und in ihren Bestrebungen sich auch wohl einmal über die Grenzen hinausreißen lassen. Auch diese

*) Die Namen v. Oberg, v. Campe, v. Belthelm, v. Gramm finden sich, wie in älterer Zeit (S. 12), so auch im Jahre 1832 unter denen, die das Zeitgemäße kräftig förderten.

Erscheinung wird mit dem fortgesetzten Gebrauche des Neueren verschwinden, und schon erscheinen im Allgemeinen blinde Opponenten eben so verwerflich, als blinde und eigennützige Schmeichler. Alle Betheiligten dürften aber bei dem Blicke auf die Vorzeit und ihre Lobredner in dem „timeo Danaos et dona ferentes“ übereinstimmen, wenn sie nicht etwa selbst zu den dona ferentibus gehören.

Neque vero hoc solum natura — id est jure gentium — sed etiam legibus populorum, quibus in singulis civitatibus respublica continetur, eodem modo constitutum est, ut non liceat sui commodi causa nocere alteri. Hoc enim spectant leges, hoc volunt, incolumem esse civium conjunctionem.

Cic. de off. III. c. 5. §. 23.

In demselben Verlage ist ferner erschienen:

Aus dem Tagebuche
des Generals
Fr. Ludw. von Wachholtz.

Zur
Geschichte der früheren Zustände
der
preussischen Armee
und besonders des
Feldzugs des Herzogs Friedrich Wilhelm
von Braunschweig-Des
im Jahre 1809.

Bearbeitet und herausgegeben
von
C. Fr. von Vechelde.
8°. Fein Velinpapier, geh. Preis: 2 Thlr.

Memoiren
des
Karl Heinrich Ritters von Lang.

Skizzen
aus
meinem Leben und Wirken, meinen Reisen
und
meiner Zeit.

2 Thle. 8°. Fein Velinpapier, geh. Preis: 4 Thlr.

Memorabilien
aus dem
Leben und der Regierung
des
Königs Karl XIV. Johann
von Schweden und Norwegen.

Herausgegeben von
Friedrich Karl von Strombeck.

Zweite vermehrte Auflage.

Gr. 8°. Fein Velinpap., geh. Preis: 1 Thlr.

Dr. Ernst von Siebold

Lehrer der Naturgeschichte

an der Universität zu Göttingen

Vertrag über die Herausgabe

von Siebolds

Sammlung von

Abbildungen der Naturgeschichte

von Siebold

an der Universität zu Göttingen

Vertrag über die

Abgabe

von Siebolds

Sammlung von

Abbildungen

der Naturgeschichte

von

Siebold

an der Universität zu Göttingen

Vertrag über die

Abgabe

von Siebolds

Abbildungen

der Naturgeschichte

von Siebold

an der Universität zu Göttingen

Vertrag über die

Abgabe

von Siebolds





KODAK GRAY SCALE

C	Red-Filter Negative	Cyan Printer	M	Green-Filter Negative	Magenta Printer	Y	Blue-Filter Negative	Yellow Printer
----------	---------------------	--------------	----------	-----------------------	-----------------	----------	----------------------	----------------



black	3-color	white	cyan	violet	magenta	primary red	yellow	green



KODAK COLOR CONTROL PATCHES

These colors have been selected as representative of those inks commonly used in photomechanical reproduction.